Jahrg. Nr. 205 — Einzelpreis 150 000 M.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit der illustr. Monatsbeilage „Sichel und Hammer" und den wöchentlich bezw. 14 tägig erscheinenden Beilagen „Tribüne", „Die Rote Sichel", „Der Jungprolet", „Die Genossin"

Anzeigenpreise: Die 9gespaltene Millimeterzeile od. deren Raum 100 000 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 40 000 Mk. Schlüsselzahl für Sammelinserate: 5000. — Reklamepreis: Die Millimeterzeile 4gespalten oder deren Raum im Text 500 000 Mk.

Donnerstag, 6. September 1923

Bezugspreis: Durch Austräger 500 000 Mk. pro Woche. Durch die Post 20 000 Mk. pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages für Monat August. Redaktion und Expedition Breslau, Trebnitzerstraße 50. — Postscheckkonto Breslau Nr. 310 59. — Fernsprecher: Breslau, Ring 8637.

Wer soll in Deutschland herrschen?

Drei Fragen an die sozialdemokratischen Arbeiter

Von Heinrich Brandler

Die „letzte verfassungsmäßige Regierung" ist pleite.

Drei Wochen ohne Cuno sind ins Land gegangen. Die Regierung Stresemann-Hilferding hat jedoch nichts von ihren angekündigten Rettungstaten verwirklicht! Der Zusammenbruch der Finanzen ist nicht aufgehalten, sondern noch gesteigert worden. Hilferding verzweifelt an seinem eigenen Projekt und ist amtsmüde. Die Besitzenden zahlen keine Steuern, sondern werfen die Arbeiter und Angestellten auf die Straße; die Agrarier sperren die Zufuhr von Lebensmitteln. Alles Gerede von der Bereitschaft zur Kapitulation vor den Franzosen gibt dieser aus den heterogensten Elementen zusammengesetzten Regierung nicht die Kraft, den Finanzzusammenbruch sowie den Zusammenbruch der Ernährungswirtschaft und der Produktion aufzuhalten; ebensowenig hat sie Kraft zur Liquidierung des Ruhrabenteuers. Die Regierung Stresemann-Hilferding konnte Protokolle der Kommunisten beschlagnahmen; zur Beschlagnahme der Devisen reichen alle Redereien „von drakonischen Maßnahmen" und „Diktatur" nicht aus. Wenn die Beschlagnahme der Protokolle der Kommunisten das Elend aufhalten, wenn sie die Unternehmer zum Steuerzahlen zwingen könnte, dann könnte die Regierung Hilferding-Stresemann diese Heldentaten als Erfolg buchen, wenn man die Betriebsräte verfolgen und die Kommunisten in die Gefängnisse werfen läßt. Da aber die Verfolgung der Kommunisten die einzige Kraft scheinbar schwächt, vor der sich die Devisenschieber, das Industrie-, Bank- und Agrarkapital fürchtet, so betreiben die Prozentpatrioten die Steuersabotage und die Ausplünderung des deutschen Volkes jetzt um so schamloser. Die Regierung Stresemann-Hilferding ist in soviel Tagen pleite, als die Cuno-Regierung Monate für ihre Mißwirtschaft brauchte.

Das stellt erneut die Frage an das deutsche Proletariat, an das gesamte deutsche werktätige Volk: **Wer soll herrschen? Wer soll regieren? Die Bourgeoisie**, die die Arbeiterschaft in das Kriegsabenteuer hineingetrieben und den Krieg verloren hat, die Bourgeoisie, die nach dem Krieg den letzten Rest der deutschen Wirtschaft und Volkskraft bankrottregierte, sie **oder die Arbeiterklasse?**

Diese Frage steht zur Entscheidung. Die Entscheidung muß in kürzester Frist fallen. Die Bourgeoisie rafft die letzte Kraft zusammen, um mit dem blutigsten Terror, mit Faszisten und Bürgerkrieg, ihre Herrschaft zu verteidigen. Sie wirft die Beamten, Angestellten, Arbeiter auf die Straße und ist bereit, sie millionenweise verrecken zu lassen. Nach allen bisherigen Erfahrungen besteht keine Hoffnung, daß die sozialdemokratischen und die Gewerkschaftsführer das Verhängnisvolle ihrer bisherigen Arbeitsgemeinschafts- und Koalitionspolitik einsehen und sich vom verhängnisvollen Wege abwenden, daß sie sich bereitfinden, zur Rettung der deutschen werktätigen Bevölkerung proletarische Klassenpolitik zu treiben. Sie haben kein Zutrauen in die eigene Kraft und kein Zutrauen in die Kraft der werktätigen Massen, um die politischen und ökonomischen Geschicke des deutschen Volkes in die starken Hände eines klassenbewußten, eines Klassenpolitik treibenden Proletariats zu legen. Sie sind bereit, bis ans bittere Ende mit der Bourgeoisie gegen die Arbeiterschaft zu gehen. Diese harte Tatsache stellt an alle sozialdemokratischen Arbeiter, Angestellten und Beamten im letzten Augenblick vor der Katastrophe die ernste Frage, ob sie **zusammen mit ihren Partei- und Volksverderbern in den Abgrund springen oder ob sie mit allen jenen Arbeitern, Angestellten, Beamten und Mittelschichten gemeinsame Sache machen wollen, die bereit sind, die Staatsmacht zu ergreifen, um sich und Deutschland vor dem Untergang zu retten.**

Die Kommunistische Partei hat keine andere Aufgabe und keinen anderen Zweck, als die zu diesem Kampf willigen werktätigen Massen in ihrem schweren Kampf zu führen. Die Aufgaben sind schwer, aber sie sind einfach, wie alle großen weltgeschichtlichen Aufgaben. Was Hilferding und Stresemann nicht durchsetzen konnten, das kann eine Regierung der Arbeiter und Bauern mit einem Schlag erreichen. Sie braucht nicht von der „Diktatur" und „drakonischen Maßnahmen zu reden, um die Sachwerte zu erfassen und die Devisen zu beschlagnahmen; sie braucht nur den Mut, die Arbeiter, Angestellten und Beamten mit dieser Arbeit zu beauftragen. Eine Verfügung der Arbeiterregierung, die die Betriebs- und Angestelltenräte mit den Bestandsaufnahmen der Sachwerte und Devisen beauftragt, wird in acht Tagen all das zu erfassen imstande sein, was der Arbeiterstaat zu seiner Rettung braucht. **Wir fragen die sozialdemokratischen Arbeiter, ob sie bereit sind, mit uns Kommunisten gemeinsam eine solche Regierung zu schaffen.** Das Gerede der bankrotten Führer-Politiker, das im „Vorwärts" über die Arbeiter- und Bauernregierung aufgetischt wird, ist blöde und lächerlich. Es bedarf keiner Widerlegung, daß **die Kommunisten und daß die Arbeiter sich nicht mit den Großagrariern, sondern nur mit der Dorfarmut, mit den kleinen Bauern und Pächtern verbinden** können und verbunden werden, um die Lebensmittel- und Getreidevorräte bei den Großen festzustellen und, zwecks Versorgung der Gesamtheit zu beschlagnahmen.

Die erste Frage, die Frage der Machtergreifung durch die Arbeiterklasse, wirft auch die Frage der **Machtverteidigung** durch die Arbeiterklasse auf. Ohne die Beantwortung der zweiten Frage: **Sind die sozialdemokratischen Arbeitermassen bereit, mit allen Mitteln sich gegen die bewaffneten Angriffe, gegen den von der Bourgeoisie organisierten Bürgerkrieg zur Wehr zu setzen, sind sie bereit, alle Faszisten und Gegner der Arbeiter- und Bauernregierung zu entwaffnen und die zuverlässigsten Arbeiter zu bewaffnen?** ist die Lösung der ersten Frage nicht möglich. Auch hier müssen sich die sozialdemokratischen Arbeiter mit einem klaren Ja oder Nein entscheiden. Das Gerede der bankrotten Politiker, daß wir Kommunisten ein Bündnis mit den Faszisten eingehen wollten, ist vielleicht noch blöder, als das gegen die Arbeiter- und Bauernregierung. Gerade der neue Noskekurs der Ebert, Gollmann, Severing macht den Weg frei für die Diktatur der Faszisten, wie der Noskekurs 1919 den Kapp-Putsch vorbereitete. Wenn wir Kommunisten die ehrlichen, proletarisierten, wenn auch nationalistisch befangenen Elemente davon zu überzeugen versuchen, daß die Rettung der Nation nur durch die Arbeiterklasse möglich ist, so ist **das das Gegenteil eines Bündnisses mit den Faszisten.** Aber alle jene, die wir durch eine solche Propaganda unter den ruinierten Mittelschichten für uns gewinnen, oder nur zu wohlwollender Neutralität herüberziehen können, entreißen wir der konterrevolutionären Führung des Industrie-, Bank- und Agrarkapitals und brauchen sie deshalb im Bürgerkrieg nicht blutig niederzukämpfen. Jeder sozialdemokratische Arbeiter, der sich die Dinge realistisch überlegt, muß dies begreifen.

Diejenigen Sozialdemokratischen Arbeiter, die die ersten beiden Fragen bejahen, müssen sich aber auch die dritte, für manche vielleicht die am schwersten zu entscheidende Frage vorlegen: **wollen die sozialdemokratischen Arbeitermassen in dieser bedeutungsvollen Stunde wieder den Losungen ihrer bankrotten Führer folgen, oder trauen sie sich die Kraft und den Mut zu, sich von ihnen zu lösen?**

Wir Kommunisten wissen die Treue und Anhänglichkeit zu alten Organisationen sehr wohl zu schätzen, aber jede Partei, und jede Organisation kann nur Mittel und nicht Selbstzweck sein. Die Besten, die in der sozialdemokratischen Partei mitgearbeitet, die sie mit geschaffen haben, leisteten ihr Möglichstes, um die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften zu einem Instrument, zu einem Hammer zur Befreiung des Proletariats aus kapitalistischer Knechtung und Ausbeutung, zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaft zu machen. Sozialdemokraten, die Kommunisten ins Gefängnis werfen und Betriebsräte verfolgen, die gegen die Betriebsstillegung, gegen die Steuersabotage, gegen die Vernichtung der deutschen werktätigen Massen kämpfen, müssen von jenen Arbeitern, die solchen Kampf wollen, ausgeschaltet werden.

Alle kleinlichen Bedenken, alle kleinen und großen Reibereien, die bislang die Arbeiterklasse trennten, müssen beseitigt werden. Wenn beide Teile den guten Willen dazu aufbringen, wird und muß das gelingen. Wenn die proletarische Einheitsfront in den nächsten Wochen nicht hergestellt wird, dann muß die Arbeiterklasse durch ein neues Meer von Blut, durch Greuel und Elend hindurch, ehe sie den Kernsatz begreift, daß die Vorbedingung des Sieges der Arbeiterklasse über die Bourgeoisie das gemeinsame Handeln der wichtigsten Teile aller Werktätigen ist. Von der Bejahung oder Verneinung der drei aufgestellten Fragen hängt Sieg oder Niederlage des Proletariats in den nächsten Wochen ab.

Dollar 25 Millionen

Die Aufrüstung der Faszisten

Geßler bleibt Reichswehrminister

Die Faszisten lachen sich ins Fäustchen

Auf das „Ultimatum" der sächsischen VSPD., daß Geßler endgültig zurücktreten soll, hat Stresemann zwar noch nicht offiziell, aber offiziös geantwortet. Das Organ Stresemanns, die „Zeit", schreibt klipp und klar:

„Zu der Zeignerschen Forderung nach dem Rücktritt des Reichswehrministers Geßler ist nur zu bemerken, daß diese Frage bereits bei der Bildung des Kabinetts **endgültig entschieden** worden ist, und zwar in dem Sinne, daß **Herr Geßler Reichswehrminister ist und bleibt.** Uebrigens würde eine Entscheidung darüber, wie über die vom Reichswehrminister befolgte Politik, nur beim Reichstag und nicht beim sächsischen Ministerpräsidenten oder dem Sächsischen Landtag liegen."

Diese Antwort läßt wirklich an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.

Berlin, 5. September.

Zu den Angriffen des sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner gegen den Reichswehrminister in der Sächsischen Staatszeitung veröffentlicht das Reichswehrministerium eine Erklärung, in der es heißt: Nach der Rede Dr. Zeigners in Leipzig, am 7. August, erklärte das Wehrkreiskommando VI den Reichswehrministerium, daß es einem **ehrliebenden Soldaten** nicht mehr zugemutet werden könne, mit dem Ministerpräsidenten Dr. Zeigner zusammen Verfassungsfeiern zu begehen und überhaupt weiter mit ihm zu verkehren. Der Reichswehrminister schloß sich dieser Auffassung dahin an, daß er das Wehrkreiskommando anwies, **eine gesonderte Verfassungsfeier abzuhalten** und jeden persönlichen Verkehr mit Dr. Zeigner solange zu vermeiden, bis die durch diese Rede geschaffene Lage geklärt sei. Der Reichswehrminister hat die Gründe seiner Haltung gegen den sächsischen Ministerpräsidenten schon vor einiger Zeit im Reichskabinett klargelegt.

Von einer Inanspruchnahme der Oeffentlichkeit wird abgesehen, um im Interesse der Staatsautorität nicht das **beschämende** Bild eines Kampfes zwischen dem Minister des Reiches und dem Minister eines Landes zu geben.

Hitler und der „Vorwärts"

Der „Vorwärts" wurde von einem Münchener Schöffengericht dieser Tage zu 6 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt, weil er von Hitler u. a. behauptet hatte, daß er auch mit bolschewistischen Mitteln arbeite. So richtig es ist, daß Hitler und seine Banden aus auswärtigen Quellen Unterstützungen erhalten, so sinnlos ist es, ihn des Empfanges bolschewistischen Geldes zu bezichtigen. Der „Vorwärts" kann sich die ganze Welt, insbesondere aber die völkische und bolschewistische, nur noch unter dem Gesichtswinkel der Bestechung denken. Weiter reicht die politische Auffassung dieser sozialdemokratischen Politiker nicht. An die Hintergründe der deutschvölkischen Bewegung, wie immer sie sein mögen, reicht der „Vorwärts" mit seiner platten Polemik keineswegs.

Ein Faszistennest in Aue ausgehoben

Waffen und Material beschlagnahmt

In Aue i. Erzg. ist es unseren Genossen gelungen, eine Faszistenversammlung zu überraschen und wichtiges Material zu beschlagnahmen. Wir erhalten darüber aus Aue folgenden Bericht:

Jugendgenossen hatten für den Jugendtag Plakate angeklebt. An anderen Tag waren sämtliche Plakate beschädigt und abgetragt. In der Nacht gingen Jugendgenossen wiederum ankleben. Um geschützt zu sein, ließen sie sich durch Parteigenossen, die in kleinen Gruppen in 2 bis 3 die Straße durchzogen, beobachten. Bei dieser Gelegenheit wurde entdeckt, daß in dem Vereinszimmer des Gasthauses „Mundenthal" eine Versammlung stattfand. Durch die Vorhänge waren Leute erkennbar, die uns bereits als Faszisten bekannt waren. Auf den Tischen lagen Mappen und Notizzettel ausgebreitet. Aussprüche wie: „Mögen nur die Kommunisten" usw. waren durch das Fenster hörbar. Die Sippschaft hatte aber ihre Sache doch „etwas" organisiert. Ein Wachposten in Gestalt eines Fräuleins nahm die nächste Möglichkeit wahr, ihre Freunde durch Klopfen am Fenster zu alarmieren. Darauf bemächtigte sich der Versammlung eine ziemliche Erregung. Wie durch Genossen, die wechselweise an den Fenstern vorbeigingen, beobachtet wurde, verschwanden schnell sämtliche Akten. In kurzen Abständen verließen einige der Halunken das Lokal. Indessen waren mehrere Genossen der Hundertschaft alarmiert. Als der Faszist Gebhard eine Gruppe unserer Genossen sah, geriet er ohne Veranlassung in große Aufregung, riß aus und schrie mehrere Male „Hilfe"! Als ihm unsere Genossen nahe kamen, schlug er mit einem Totschläger um sich. Unsere Genossen faßten ihn, bezahlten seine Gemeinheit und schleppten ihn zur Wache. Unterwegs wurde ihm ein Armeerevolver, geladen mit 6 Patronen, abgenommen. Unterdessen drangen unsere Genossen durch verschiedene Seiten ins Lokal. Sie durchsuchten die Räume

und fanden flüchtig versteckte Waffen. Es wurden unter Tischen, hinter und auf dem Ofen, Stühlen und im Abort Stahlruten, Browthings und eine Gaspistole gefunden. Den Faszisten wurde nichts gesagt. Die benachrichtigte Polizei griff ein und beschlagnahmte das erbeutete Material. Außer den beschlagnahmten Waffen hatten einige der Junken Revolver (2 Stück), 3 Stahlruten, 1 Gummiknüppel und 1 Schlagring in die am Lokal vorbeifließende Mulde geworfen.

Das Material, das hierbei unseren Genossen in die Hände fiel, gewährt einen guten Einblick in die Organisation der Faszisten in Aue. U. a. befindet sich darunter ein Adressenverzeichnis, auf dem 27 Personen verzeichnet sind. Das Verzeichnis ist sehr ausführlich, mit Angabe von Telephonverbindungen. Die Namen sind uns nicht ganz fremd. Die Verzeichneten sind vornehmlich kleine Handwerker, Beamte, Ladenbesitzer und Fabrikanten. Erwähnen wollen wir nur den Vorsitzenden der Arbeitgebervereinigung erzgebirgischer Industrien Wilhelm Schreiber.

Hurra Mussolini!

Das Blatt der Junker, die „Deutsche Tageszeitung" ist entzückt über die Tatkraft des Mussolini. Es schreibt (Nr. 408 vom 5. September):

„Zwischen Mussolini und Poincare gibt es hier gar keine inneren, sondern höchstens ganz äußere und äußerliche Parallelen. Denn gleichviel wie man über die Art des italienischen Vorgehens denken mag, Italien hat an sich ein berechtigtes Interesse zu verteidigen, während für die Gewalttaten Poincares gegen Deutschland nach jeder Hinsicht genau das Gegenteil zutrifft."

Die Verteidigung des offen-räuberischen Aktes des italienischen Faszistenkönigs durch preußische Junker ist sehr verständlich: sie schwärmen für jeden Raub, für jede Gewalttat, wenn sie nicht gerade selbst Objekt solcher Politik sind. Da sie nicht selbst „Weltpolitik" werden machen können, begnügen sie sich mit der Ausplünderung des deutschen Volkes und sie umjubeln den Mussolini, von dem sie eventuell faszistische Unterstützung gegen die deutsche Arbeiterschaft erwarten.

Die Hakenkreuzpresse

Hunderte von deutschen Zeitungen, die seit Jahrzehnten erscheinen, sind gezwungen, ihre Ausgabe einzustellen oder wenigstens sie zu verringern. Nur die Nationalsozialisten sind in der glücklichen Lage, ihre schon bestehenden Zeitungen zu erweitern und neue zu erwerben. So erscheint jetzt der „Völkische Beobachter", wie bereits erwähnt, in einer erweiterten Ausgabe nach dem Muster der Stinnespresse. Neben dem „Völkischen Beobachter" erscheinen noch weitere sechs Zeitungen der Nationalsozialisten. Das „Amberger Tageblatt", viermal wöchentlich, das „Regensburger Tageblatt", Regensburg, dreimal wöchentlich, die „Weiße Fahne", früher deutscher „Volkswille", Nürnberg, zweimal wöchentlich, „Sturmglocken", Augsburg, zweimal wöchentlich, „Der Schanzer", Ingolstadt, einmal wöchentlich, „Sankt Georg", Staffelstein, einmal wöchentlich.

Die völkische Parteileitung kündigt an, daß in kurzer Zeit vier weitere Zeitungen erscheinen werden.

Völkische Paraden und kein Ende

Die Völkischen wollen weiter die arbeitende Bevölkerung in Atem halten, weiter mit ihren Tanks und Maschinengewehren demonstrieren und die Arbeiterschaft provozieren. Nachdem der Sedantag eine ziemliche Pleite war, und nachdem sie unter dem sozialdemokratischen Reichswehrminister tun und lassen können, was sie nur wollen, kündigen sie nun großmäulig und mit viel Geschrei weitere „Deutsche Tage" an. Der Verband ehemaliger Baltenkämpfer wird eingeladen, an der Tagung der Berthold-Leute (Eiserne Schar Berthold) am 8. und 9. September in Kitzingen (Main) teilzunehmen. Adolf Hitler hat angekündigt, daß er am 8. September die Tagung eröffnen wird. In der Einladung ist ausdrücklich festgestellt, daß die Verpflegung gratis erfolgt und daß die Fahrt bezahlt wird.

Der „Vierte Deutsche Tag" soll vom 5. bis 7. Oktober in Hameln abgehalten werden. Auf der Tagesordnung steht: die politische Lage nach außen und innen und der Stand der völkischen Bewegung. Die Einladung zum „Deutschen Tage" geht von der „Gemeinschaft deutschnationaler Bünde" in Hamburg aus. Selbstverständlich kommen die Festteilnehmer bewaffnet; nicht umsonst ist Oehler der Demokrat, Reichswehrminister.

Kanonenfutter gesucht!

In der „Essener Allgemeinen Zeitung" ist folgendes Inserat erschienen:

Junge Leute
nach Mitteldeutschland sofortige Beschäftigung nicht unter 22 Jahre. Meldung 1 bis 2 Uhr im Kaffee Schmitz, Kirchhofstraße.

Die jungen Leute werden angeblich für den „Flurschutz" Sachsen gesucht. In Wirklichkeit handelt es sich um weiteres Menschenmaterial für die schwarze Reichswehr.

Die „Volkswacht" für Lohnabbau der städtischen Arbeiter

Endlich sieht sich auch die „Volkswacht" gedrängt, zu der Kündigung von 1000 städtischen Straßenbahnern Stellung zu nehmen. Sie schreibt:

Die Not der Straßenbahn zwingt zu Betriebseinschränkungen, weshalb etwa 300 Angestellte entlassen werden sollen. Da die Lage des Unternehmens katastrophal ist, wäre es bei den Kündigungen ohne besondere Härten und Ungerechtigkeiten nicht gegangen. Der Magistrat hat sich deshalb entschlossen, allen 1000 Angestellten zu kündigen, um in Ruhe die Auszahlen treffen zu können. Familienväter und langjährige Angestellte sollen in erster Linie bleiben dürfen. Der Gesamtbetriebsrat der Gemeindearbeiter hat nun für heut Abend eine Gemeindearbeiterversammlung einberufen, in der die Frage besprochen werden soll, ob nicht alle Kündigungen rückgängig gemacht werden sollen, dadurch, daß alle städtischen Arbeiter zugunsten der Straßenbahner auf den Lohn von täglich einer halben Stunde verzichten. Die Stadt würde dadurch schon soviel Lohn sparen, als die 300 zu entlassenden Straßenbahner zu erhalten haben.

Ein solches Opfer der städtischen Arbeiter könnte die Lage retten, für den Fall, daß sich unsere Geldverhältnisse in nicht zu ferner Zeit stabilisieren, denn dann würde die Straßenbahn wieder lebensfähig werden.

Die sozialdemokratische Gemeindepolitik erstrahlt vor ihrem Ende noch einmal in voller Schönheit. Jahrelang hat ein der Zeit nicht gewachsener Direktor die Straßenbahn in Grund und Boden gewirtschaftet, ein sozialdemokratischer Stadtrat als Dezernent sah hilflos mit verschränkten Armen zu. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenmehrheit tat das ihrige dazu, um das Unternehmen durch blöde, schematische Tarifschraubungen zu ruinieren. Schließlich ging sie vor dem Bankrott der Bahn sechs Wochen in Ferien und gab einem Ausschuß Blankovollmacht, durch unerhörte über Berlin hinausgehende Fahrpreiserhöhungen dem Unternehmen den Rest zu geben. Und der Weisheit letzter Schluß: **Die Arbeiter der städtischen Betriebe sollen die Opfer sozialdemokratischer Gemeindepolitik werden und in der Woche auf Bezahlung von drei Stunden verzichten.**

Echt sozialdemokratisch! Wenn der Stinnesstaat die Arbeitslosen verhungern läßt, sollen die Arbeiter von ihrem Hungerlohn einen Stundenlohn opfern.

Wenn die Kapitalisten Gelder für nationalistische Aufwiegelei sammeln, ist es „vaterländische Pflicht" der Arbeiter, Ueberstunden für die „Ruhrhilfe" zu leisten. Und wenn die Besitzenden in Breslau, dank der Gesetze, die den Gemeinden das Zuschlagsrecht nehmen, sich vor allen kommunalen Abgaben drücken und auf den Bankrott von Staat und Gemeinden hinarbeiten, sollen die Arbeiter Opfer bringen und die Stadt retten. Wahrscheinlich weil sie zu viel Lohn verdienen! Herr Ruffert hat gewiß ausgerechnet, daß nach den Buchdruckern die städtischen Arbeiter es sind, die zu viel verdienen und deren Löhne abgebaut werden müssen.

Haben nicht auch die städtischen Arbeiter die „Hand an die Gurgel" der Gemeinde gelegt, Herr Ruffert?

Warum teilt die „Volkswacht" nicht mit, wer den famosen Vorschlag gemacht hat. Ist er im Schoße der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion geboren oder rührt er von einem Mitglied des Gesamtbetriebsrates her?

Recht charakteristisch für sozialdemokratische Stümperei ist die Tatsache, daß die „Volkswacht" für den Lohnabbau eintritt, obwohl sie nicht davon überzeugt ist, daß dieses „Opfer" in der Lage ist, die Straßenbahn zu retten. Wir sind überzeugt, daß die städtischen Arbeiter in ihrer Mehrheit es ablehnen werden, die Stümperei zu unterstützen und jenen famosen Vorschlag anzunehmen.

Würde nicht schon das eigene Lebensinteresse der städtischen Arbeiter die schroffe Ablehnung eines solchen Vorschlages erfordern, so müßte es die Rücksicht auf das Gesamtinteresse des kämpfenden Proletariats. Denn was man heute den Gemeindearbeitern im „Interesse der Stadt" zumutet, wird man morgen von den Staatsarbeitern im Interesse der „inneren und äußeren Lage" des Stinnes-Staates verlangen. Die Hetze gegen die Beamten zeigt ja, daß die Kapitalisten drauf und dran sind, die Beamten als Sündenböcke für ihren Steuerbetrug in die Wüste zu schicken. Auch von den Bergarbeitern wird verlangt, daß sie im Interesse des Staates Ueberstunden leisten.

Diese Bestrebungen der Kapitalisten, den Arbeitern alle Lasten des zusammenbrechenden Staates aufzuhalsen, unterstützen die sozialdemokratischen Gemeindepolitiker, deren Treiben glatter Verrat der Arbeiterinteressen bedeutet.

Die Außenhandelskontrolle wird aufgehoben

Von den rettenden Maßnahmen der Regierung hört man schon tagelang nichts, dafür werden alle Versprechungen eingelöst, die man der Schwerindustrie gab. Heute wird indirekt gemeldet, daß die Aufhebung der Außenhandelskontrolle bevorstehe. Der Arbeitsausschuß der Reichsbevollmächtigten der Außenhandelsstellen hat nämlich folgende Entschließung gefaßt:

„Die dem Arbeitsausschuß angehörenden Reichsbevollmächtigten der Außenhandelsstellen haben nach den Erklärungen des Reichskanzlers und Reichswirtschaftsministers die Ueberzeugung gewonnen, daß mit dem Abbau der Außenhandelskontrolle in nächster Zeit zu rechnen ist. Die Reichsbevollmächtigten sind in Rücksicht darauf, daß die Angestellten nicht in Ungewißheit über die Dauer ihrer Beschäftigung lassen dürfen, der Auffassung, daß im Hinblick auf die ungesicherte Finanzlage der Außenhandelsstellen vorsorglich sofortige Kündigungen notwendig sind."

Die entsprechenden Kündigungen, meldet weiter die bürgerlichen Blätter, sind auch ausgesprochen worden.

Die Unternehmer verlangten die Aufhebung der Außenhandelskontrolle, „um die Ausfuhr zu heben". Daß es aber dabei um nichts anderes geht, als die Verschacherung der noch in Deutschland vorhandenen Waren, um dafür Devisen zu bekommen, mag ein Sozialdemokrat beweisen. Nach der Programmrede des Wirtschaftsministers Raumer, in der er versteckt die Aufhebung der Außenhandelskontrolle ankündigte, ergriff der Sozialdemokrat Wissel das Wort, um wie folgt zu erwidern:

„Die Hoffnung, daß mit einer Lösung der Ausfuhrdrosselung die Ausfuhr gesteigert werden würde, sei irrig. Mit einer Aufhebung der Ausfuhrpreiskontrolle würden lediglich erhöhte Mengen in das Ausland gehen. Solche Leute, welche aus Flucht vor der Mark sich Warenlager hingelegt hätten, würden für jeden Preis exportieren, um Devisen zu erhalten. Dadurch würden die Preise der deutschen Fabrikanten im Ausland unterboten werden und durch diese Preisunterbietung der ausländische Markt der deutschen Industrie vernichtet werden. Wenn nach dem Wunsche einiger syndizierter Industrien der Eisenindustrie, welche die Mitwirkung des Staates und der Arbeitnehmer als Last empfindet, die Außenhandelskontrolle beseitigt würde, so würde nichts anderes übrig bleiben, als der Kampf der einzelnen deutschen Unternehmer auf dem Weltmarkt gegeneinander."

Man sieht jetzt, wozu die Aufhebung der Außenhandelskontrolle dienen soll und man sieht auch, wozu die Große Koalition da ist: sie hat die Wünsche der paar Magnaten zu erfüllen und basta!

Der Kampf der Betriebsräte und das Verbot der „Roten Fahne"

Die „Rote Fahne" ist auf 8 Tage verboten worden. Jeder, der verstehen will, versteht weshalb: dieses Mal geht es den Gewerkschaftsbonzen, die den Severing kommandieren, nicht bloß um Abonnentenfang: sie wollen den am 9. September in Berlin stattfindenden Betriebsrätekongreß für Berlin und die Provinz Brandenburg stören, deshalb lassen sie die „Rote Fahne" verbieten.

Denn daß der ganze Feldzug, der da so glorreich begonnen wurde, sich in erster Linie gegen die Betriebsräte richtet, ist klar. Es handelt sich darum, wer die Betriebsräte beherrschen soll. Und da die Frage entschieden ist, so greifen die bankrotten Lakaien der Bourgeoisie zu Puttkamerschen Methoden. Sie benutzen Horthysche und Mussolinische Methoden, sobald sie sehen, daß die Puttkamerei nichts nützt.

Die Puttkamerei nützt nichts. Die Frage ist entschieden, wer die Betriebsräte beherrschen soll. Ein Beispiel: die Berliner Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale berief für den 3. September eine Delegierten-Generalversammlung ein, wo über Betriebsstillegungen gesprochen werden sollte. Die SPD. hatte ihre Fraktion flehentlich gebeten, ja nicht zu schwänzen, da sonst „die Kapitalisten das Heft in die Hand bekommen". Die Versammlung fand nicht statt, weil keine Betriebsräte kamen. Sie haben kein Interesse an den sozialdemokratischen Reden des Emil Barth und nicht für einen Groschen Vertrauen zur „legalen" Instanz.

Das Zentralstreikbrecherorgan „Vorwärts" konstatiert und jammert:

„Es ist unglaublich, daß die Delegierten der Betriebsräte ihrer legalen Betriebsorganisation nicht mehr Interesse entgegenbringen."

Die Betriebsräte wissen, weshalb. Und die Bonzen wissen, weshalb sie gegen die „nicht legalen" Betriebsrätеorganisationen die Polizei und die Gerichte bemühen.

Steuer- und Produktionssabotage

Berlin, 5. September.

Der Reichsverband der Automobil-Industrie ist vom Reichskanzler empfangen worden und hat ihm seine Forderungen vorgetragen. Die Automobil-Industrie verlangt von der Reichsregierung, daß sie die Finanzämter anweise, daß Stundungen der Steuerzahlungen gewährt werden. Sie erklärt ferner, nicht in der Lage zu sein, das Reichsnotopfer zu zahlen, ohne größere Betriebseinschränkungen vorzunehmen.

Bergewaltigung der Ruhrarbeiter

Einheitsfront der deutsch-französischen Ausbeuter

Essen, 6. September.

Die Arbeiterschaft steht in ihrem Kampf einer Einheitsfront der französischen Besatzungsarmee, der deutschen Unternehmer und der deutschen Besatzungsbehörde gegenüber. Bei den letzten Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit haben die Kohlenindustriellen einen Kampf provoziert. Sie versuchten, die Vertretung der Essener Stadtverwaltung an den Verhandlungen teilnehmen zu lassen. Ueber die Maßregelungen zu verhandeln, lehnen sie kategorisch ab.

Die Zeche Hagenbeck ist seit Montag von **deutscher Polizei besetzt.** Die Arbeiterschaft weigert sich, unter Polizeiaufsicht zu arbeiten. Als eine Versammlung der Bergarbeiter auf dem Zechenplatz abgehalten werden sollte, wurde diese Versammlung von der deutschen Polizei auseinandergetrieben. Daraufhin haben die Arbeiter ihre Versammlung auf dem freien Felde abgehalten und beschlossen, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis die Zeche von der Polizei geräumt sei.

Die **französische Besatzungskommandantur verweigert** seit mehreren Tagen den Arbeitern ihre **Deputatkohle.** Die Besatzungskommandantur verlangt von den Bergarbeitern, daß **sie unter französischer Regie Kohle fördern sollen. Wer sich dieser Forderung nicht fügt, wird binnen acht Tagen aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen.**

Die Zeche Gneisenau ist seit einigen Tagen von **deutscher Polizei und von Feuerwehr besetzt.** Die **Franzosen** verlangen, daß die Bergarbeiter unter ihrer Regie die Arbeit aufnehmen. Die Franzosen verlangen, daß die Betriebsräte ihre Funktionen niederlegen. Die Arbeiterschaft hat es abgelehnt, ohne Betriebsräte und unter französischer Regie zu arbeiten.

Recklinghausen, 5. September.

Die Zeche „Victor" soll von den Franzosen in eigene Regie genommen werden. Aus diesem Grunde sind bereits französische Ingenieure und Arbeiter eingetroffen. In den letzten Tagen sind fast alle Beamten der Zeche, die sich geweigert haben, unter französischer Regie weiter auf Zeche „Victor" zu arbeiten, von den Franzosen verhaftet worden.

3,5 Milliarden für die Arbeiterpresse. Die Arbeiter in Düsseldorf, Dortmund und Essen haben für die Papieranleihe der kommunistischen Tageszeitungen bis jetzt 3,5 Milliarden Mark gezeichnet. Welcher Industriebezirk will diese proletarische Opferfreudigkeit übertreffen?

Neue Erdstöße in Japan

Paris, 5. September.

Ueber die Erdbebenkatastrophe in Japan liegen noch folgende neue Meldungen vor: Gestern, Dienstag, wurden in Tokio, einem gestern abend in Newyork eingetroffenen Telegramm zufolge, zwei neue Erdstöße verspürt, durch die viele Häuser, die noch standen, ebenfalls zusammengebrochen sind und dadurch neue Menschenleben vernichtet wurden. Ueber die Feuersbrunst in Tokio wird aus Osaka gemeldet, ein Bruch der Gasleitungen infolge des Erdbebens sei die Ursache für die kolossale Ausbreitung des Brandes gewesen, durch den auch die größte Anzahl der Opfer verursacht wurde. 24 Stunden wütete das Feuer, ohne daß man imstande gewesen wäre, seiner Herr zu werden. Erst nach der Sprengung von mehr als hundert weiteren Bauten sei es den Soldaten gelungen, freien Zwischenraum zu schaffen, der das weitere Umsichgreifen der Flammen verhinderte. Der Flottenstützpunkt von Yokohama sei zum Teil durch das Erdbeben, zum Teil durch die Flammen zerstört worden. Es verlautet, daß die auf gewissen Kriegsschiffen aufgestapelte Munition explodiert sei und die Schiffe zerstört habe. Aber diese Nachricht sei noch nicht bestätigt. Es werde angenommen, daß zum Wiederaufbau der Stadt Tokio zwei Jahre erforderlich sein würden. Der Schaden werde auf 5 Billionen Yen geschätzt. Ganz Kawaguchi, in der Nähe von Tokio, gleiche eine Ruine. 6000 Häuser seien dem Erdboden gleichgemacht. In Tokio seien durch das Feuer sieben Millionen Hektoliter Reis zerstört worden. Der Teich im Parke von Uloluka bei Tokio soll mit Leichen von Frauen und Kindern angefüllt sein, die lieber im Wasser als in den Flammen umkommen wollten.

In London ist ein weiteres Telegramm aus Peking eingegangen, nach dem die Mannschaft einer vom Schiff Korea in Yokohama gelandeten Hilfskompagnie in der Stadt nur 10 000 Lebende vorgefunden hatte. Die übrige zehnmal so starke Bevölkerung soll tot oder nach dem Innern des Landes geflüchtet sein.

lauer und der absterbenden Amsterdamer Landarbeiterinternationale zeigen.

Während die Konferenz in Moskau eine Bilanz des Aufstiegs der revolutionären Landarbeiterbewegung vor sich liegen hat, zeigt die zweite Konferenz eine Bilanz jämmerlichen Zerfalls der reformistischen Landarbeiterbewegung.

Obwohl es sich bei letzterer nicht um eine internationale Konferenz der Landarbeiter handelt, ist sie von großer internationaler Bedeutung. Die nationale Konferenz, die am 17. September beginnende **Generalversammlung des Deutschen Landarbeiter-Verbandes** — hat nicht nur besondere internationale Bedeutung, weil Deutschland heute im Brennpunkt revolutionärer Kämpfe steht, sondern weil der **DLV. die stärkste ausschlaggebende Organisation der reformistischen Landarbeiter-Konföderation (IGK.)** ist.

Der letzte Kongreß der IGK. stellte eine Mitgliederzahl von 1,2 Millionen Landarbeitern und Landarbeiterinnen fest. Davon entfielen auf den DLV. 624 000 Mitglieder. Und welche Bilanz kann nun der DLV., nach der dreijährigen Pause seit der letzten Konferenz, aufweisen? Im Sommer 1920 zählte der DLV. 860 000 Mitglieder. Ende 1921 war die Mitgliederzahl, nach offiziellen Angaben auf 626 000 zurückgegangen. Seitdem begnügte sich der Hauptvorstand des DLV. mit einer Bekanntgabe, daß immer noch „mehr als eine halbe Million Mitglieder" vorhanden sein. Tatsächlich dürften jedoch heute nicht mehr als 350 000 Landarbeiter und Landarbeiterinnen im DLV. vereinigt sein. Die deutsche Landarbeiterfront ist desorganisiert. Das ist die nackte Bilanz „aufbauender", reformistischer Gewerkschaftsarbeit.

Gewiß werden die Bürokraten vom DLV. heulmeiern über die Verbandszerstörung durch die Kommunisten, gewiß werden sie verschweigen, ihre ungeheuren Verrätereien an der Landarbeiterschaft in allen Kämpfen auf Grund ihrer Arbeitsgemeinschaftspolitik zu erwähnen. Mit dem Geheul kann aber heute kein Landarbeiter mehr getäuscht werden. Die deutsche Landarbeiterschaft sieht schon größtenteils klar die Ursachen des Zerfalls des DLV.

„Schluß mit der Arbeitsgemeinschaftspolitik. Schluß mit der Diktatur der Bürokraten über die Mitglieder. Ausschluß aller derer, die die Technische Nothilfe unterstützen (wozu auch ein Teil der reformistischen DLV.-Führer gehört). Wiederaufnahme der ausgeschlossenen revolutionären Landarbeiter und Landarbeiterinnen" — das sind die hauptsächlichsten Punkte, die von einer Reihe von Ortsgruppenversammlungen und Kreiskonferenzen der kommenden Generalversammlung unterbreitet werden.

Die reformistische Landarbeiterbewegung sucht das Schicksal der Landarbeiterschaft an das Schicksal der zerfallenden kapitalistischen Wirtschaft zu ketten und ist damit historisch mit ihr dem Untergange geweiht. Der revolutionären Landarbeiterbewegung gehört die Zukunft — gehört der Sieg! Die beiden Kongresse sind deutliche Marksteine dafür.

Entwicklung und Tätigkeit eines ländlichen Kontrollausschusses

Trotz Geschrei der kapitalistischen und sozialdemokratischen Presse meute marschiert die Kontrollausschußbewegung. Sie schlägt ihre Wurzeln auch in Schlesien schon auf dem flachen Lande, schreitet dort teilweise schon zur Produktionskontrolle über. Besonders lehrreich ist diesbezüglich die Entwicklung und Tätigkeit des Kontrollausschusses in den beiden kleinen Orten **Ohmannstedt** und **Ulrichshalben** im Kreise Weimar.

Landarbeiter, Industriearbeiter, Angestellte, Beamte, kleine Bauern versammelten sich zahlreich in einer Versammlung und nahmen zur Frage der Kontrollausschüsse Stellung. Alle waren sich einig, daß die arbeitende Bevölkerung endlich selbst zugreifen muß. Ein Kontrollausschuß wurde gebildet. Der Gemeindevorsteher war gezwungen, angesichts des Willens fast der gesamten Einwohnerschaft, den Kontrollausschuß anzuerkennen und den Vertretern des Kontrollausschusses eine Vollmacht auszustellen, wonach die Kontrollausschußmitglieder berechtigt sind, Nahrungsmittel zu beschlagnahmen.

Von der richtigen Erkenntnis ausgehend, daß ein Kontrollausschuß in einem kleinen Ort ein zu enges Tätigkeitsfeld hat und nicht isoliert arbeiten darf von den übrigen Orten und Städten, setzte sich der neu gebildete Kontrollausschuß in Verbindung mit schon bestehenden Kontrollausschüssen anderer Orte. Gemeinsam wurde dann eine Sitzung mit dem Kreisdirektor des Landkreises Weimar Dr. Röhrig gefordert und durchgesetzt. Nach heftigen Auseinandersetzungen mußte auch der Kreisdirektor einsehen, daß die Tätigkeit der Kontrollausschüsse eine Notwendigkeit sei. Beigetragen dazu hat zweifellos der Umstand, daß die Vertreter der Kontrollausschüsse erklärten, wenn die Behörde die Anerkennung nicht geben wolle, dann werde die Arbeit eben gegen sie gemacht. Dr. Röhrig sah sich gezwungen, einem Kontrollausschußmitglied eine Vollmacht auszustellen, die diesen sozusagen als die Spitze der ländlichen Kontrollausschüsse des Kreises Weimar anerkennt und ihn berechtigt, überall einzugreifen, ihm sogar die Vollmacht zur Ausstellung eines Haftbefehls gibt. Der Kreiskontrollausschuß-Vorsitzende ist berechtigt zum Waffentragen und darf, nach einer besonderen Anweisung an die Gendarmerie, jederzeit die polizeiliche Unterstützung in seinem Vorgehen anfordern.

Nachstehende Bekanntmachung, die vor der Anerkennung der Ausschüsse im ganzen Kreis in den Orten Ohmannstedt und Ulrichshalben veröffentlicht wurde, findet nun durch die Arbeit des Kreiskontrollausschusses Anwendung in allen Orten des Kreises Weimar.

Bekanntmachung!

Die Arbeiter, Angestellten und Beamten, sowie Kleinbauern haben in einer stark besuchten Versammlung beschlossen, in Anbetracht der katastrophalen Ernährungslage die Sicherstellung der Volksernährung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu gewährleisten.

Es wird eine genaue Kontrolle über die gesamten Erzeugnisse der Landwirtschaft durchgeführt werden, und ist der unten unterzeichnete, einstimmig gewählte Kontrollausschuß bereits behördlich genehmigt und anerkannt.

Es wird hiermit allen Händlern verboten, die Orte Ohmanstedt und Ulrichshalben zu betreten, um aufzukaufen.

Im Uebertretungsfalle erfolgt restlose Beschlagnahme!

Ohmannstedt-Ulrichshalben, den 15. August 1923

Vereinigter Kontroll-Ausschuß.

Wie arbeitet nun der Kontrollausschuß? Händler, Aufkäufer aller Erzeugnisse der Landwirtschaft, dürfen keinen Kauf tätigen, wenn sie nicht eine Legitimation vom Kreisdirektor in Händen haben. Durch diese Abmachung des Kreiskontrollausschusses mit dem Kreisdirektor ist der Stab der Händler äußerst beschränkt. Der Kontrollausschuß seinerseits überwacht einerseits die zugelassenen Händler, beschlagnahmt andererseits überall dort, wo andere Händler auftauchen. So wurden nicht nur bei einer Reihe von sogenannten wilden Händlern Lebensmittel erfaßt und den Städten zugeführt, sondern auch der zugelassene Handel reguliert. So z. B. kauft und verkauft die Getreidefirma Otto Kolb, Ohmannstedt nur unter Kontrolle des Ausschusses.

Mit der Kontrolle des Handels gibt sich aber der Kontrollausschuß im Landkreis Weimar nicht zufrieden. Eine Kontrolle an den Erzeugungsstätten, bei den Großbauern und Großgrundbesitzern hält er für notwendig. Deshalb beginnt er, auch dahingend zu wirken. So wurde bereits vom Kontrollausschuß festgestellt, daß der Großlandwirt Dittmar in Klein-Krummsdorf Weizen von voriger Ernte zu Häcksel verschnitt, daß auf dem Frankendorfer Gut Weizen von voriger Ernte noch unausgedroschen lag, daß auf dem Gute Kottenheim zirka 25 Morgen Land völlig brach liegen und die Arbeiterwohnungen miserabler als Schweineställe sind, eine grenzenlose Mißwirtschaft getrieben wird, daß auf dem Rittergute Denstedt 50 Morgen Land brach liegen, während den Arbeitern kein Kartoffelland gegeben wird. Auch all diesen Feststellungen, zu denen noch eine Reihe weiterer kommen, wurde der Kreisdirektor zum Eingreifen veranlaßt, was teilweise auch geschah. Da wo Getreide noch nicht ausgedroschen war, mußte es sofort gedroschen werden, dort wo eine Mißwirtschaft festgestellt wurde, sind Schritte zur Enteignung unternommen, bei dem Gut Lohnitz ist die Enteignung schon durchgeführt.

Der Kontrollausschuß wird jetzt in Bezug auf Produktionskontrolle die Feststellung des Ernteertrages, sowie Feststellung des Anbaus für die nächste Ernte in Angriff nehmen.

Energisch und zielbewußt muß auch in ganz Schlesien die Tätigkeit der Kontrollausschüsse ebenso in Angriff genommen werden wie in dem Landkreis Weimar.

Die Rote Fahne

Das Blatt der Landarbeiter, Kleinbauern, Tiefbauer und Pächter

Beilage zur Roten Arbeiter-Zeitung

1923 . . Nummer 6

Leibeigenschaft gestern und heute

Gedanken eines schlesischen Landarbeiters

Leibeigen seint dieses harte Wort,
allein der Schall vermag es schon,
daß unser Blut fängt schneller an zu kreisen.
Wir denken an die alten Weisen: die Leibeigenschaft!

Was für Lumpen sind das wohl gewesen,
die sich da als Herren haben aufgeführt,
wo der wahre Mensch von diesem Gesindel
als rechtlos und vogelfrei erklärt: zur Zeit der Leibeigenschaft!

Es war nicht genug, daß der Mann Leibeigener war.
Nein, auch das Weib und Kind
mußte sein der Sippe untertan,
wurde behandelt weit schlimmer als Vieh, ach Volk, vergeß das nie:
die Leibeigenschaft!

Frauen und Mädchen wurden entehrt,
nach Ueberdruß in den Kerker geworfen, als verschollen erklärt,
oder man brachte sie ganz einfach um bei Tag oder Nacht,
ganz gleich, man durfte es ja, man hatte die Macht: zur Zeit
der Leibeigenschaft!

Wie wurde ein Mann erst behandelt,
der sich mal auflehnte gegen diese Bande!
Gefoltert, geschlagen, weit schlimmer als Vieh,
das Blut ihm vom zerschlagenen Körper lief: in der Zeit der
Leibeigenschaft!

Gewöhnlich hing man so einen Menschen gleich auf.
Das Fortjagen von Weib und Kind war auch Mode und Brauch,
durch Hunde gehetzt wie ein wildes Tier,
von den Pfaffen noch verflucht dafür: als Leibeigener!

Die Pfaffen, mit Ausnahmen von wenigen seinerzeit,
die waren sehr viel mit Schuld an all dem Elend und Leid,
Sie trieben's, wenn möglich, noch schlimmer sogar,
als die anderen Verbrecher von Halm und Aar: während der
Leibeigenschaft!

Die Leibeigenen damals als Knechte
waren unsere Vorfahren, ohne Rechte!
Die an ihnen begangenen Verbrechen zu sühnen,
sind die Nachkommen der Lumpen noch im Rückstande geblieben
aus der Leibeigenschaft!

Darum Volk, bei gelegener Zeit,
dann räche dich und deine Vorfahren zugleich.
Denn wie es Dir jetzt geht, das weißt du ja selbst,
bist nur zu gebrauchen als leibeigener Gesell.

Denn wie jetzt das Kapital und die Besitzenden es treiben,
das ist unerhört und tut doch gleichen der Leibeigenschaft
aus früheren Zeiten. Nur daß jetzt alles künstlich geschieht
und nicht mehr die Sache direkt ausspielt.

Auch die Pfaffen sind dieselben geblieben,
das kann frei man sagen, ohne sie zu betrüben.
Betrachtet sie nur, ihre Lehre, Leben und Walten,
dann muß ein Jeder sagen: Das sind die Alten,
es ist alles ein Pack, der Auswurf aus der Zeit der Leibeigenschaft!

L. Wenda

Unsere nächsten Aufgaben

Die ungeheure Not der arbeitenden Klasse hatte zu einer Streikbewegung geführt, wie nie seit dem Kapp-Putsch. Ein Millionenheer von Arbeitern und Arbeiterinnen legte die Arbeit nieder. Aus Millionen Kehlen erscholl der Ruf: „Nieder mit der Cuno-Regierung!" „Nieder mit der Bankrottregierung!"

Die Besänftigungen der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer fanden diesmal keinen Anklang. Cuno mußte gehen. Beim ersten Anstoß schon flog er aus dem Kanzlersessel.

Wenn die sozialdemokratischen Führer, trotz ihrer größten Mühen, nicht mehr in der Lage waren, Cuno zu retten, so reichte ihr Einfluß doch noch aus, die kapitalistische Herrschaft noch einmal zu retten. Sie haben vier Minister in die neu gebildete Regierung entsandt, um sich schützend vor die Geldschränke der Industrie- und Agrarkapitalisten und der Börsianer zu stellen.

Starke Worte haben die neuen alten Männer der jetzigen Regierung schon gesprochen. Selbst der Vorstand des Ministerkollegiums, Herr Stresemann, sprach schon von der Sachwerterfassung — bevor er Kanzler war.

Was diese Regierung bis jetzt gebracht hat, ist eine Verordnung zur Ablieferung der Devisen. Dieses Produkt des jetzigen sozialdemokratischen Finanzministers Hilferding hat eine kleine Vorgeschichte. Hilferding war schon Finanzberater der Cuno-Regierung. Er regte bei ihr an, zur „Stabilisierung" der Mark die Devisen der Reichsbank zu verkaufen. Das geschah. Pro Dollar 20 000 Mk. Heute, wo der Dollar 14, 15 und 17 Millionen kostet, kauft Hilferding als Finanzminister die für 20 000 Mark verkauften Dollar wieder zurück, ebenfalls zur „Stabilisierung" der Mark. Die Börsenspekulation geht trotz der Verordnung flott weiter. Die Börsianer kümmern sich einen Dreck um die Verordnung.

Die Notenpresse wirft unter Hilferdingscher Finanzkunst täglich größere Massen von Papiergeld auf den Markt. Die Geldentwertung geht ungehemmt weiter. Die Teuerung schreitet mit Riesenschritten. Die Industriekapitalisten schränken die Produktion in einem Betrieb nach dem anderen ein. Tage- und wochenlang werden Betriebe überhaupt geschlossen. Die Arbeiter werden dem nackten Elend überwiesen. Der sogenannte Mittelstand bricht zusammen.

Die Regierung weiß weder aus noch ein. Die sozialdemokratischen Führer und Minister stehen dem Zusammenbruch so ratlos gegenüber wie Cuno. Wie dieser, quackalbern sie herum, ohne einen festen Boden unter den Füßen. Die bankrotte Cuno-Politik wird von ihnen weitergeführt.

Wie die Tat- und Hilflosigkeit der jetzigen Regierung innenpolitisch sich zeigt, so auch außenpolitisch. Nur eins, wozu Cuno unfähig war, obgleich seine Politik dahin strebte, werden die Stresemann-Hilferding außenpolitisch fertig bringen, nämlich die Unterwerfung unter Poincaré. Das bedeutet aber die Auslieferung der deutschen arbeitenden Bevölkerung an die französischen Kapitalisten, die betrieben wird unter der Losung: „Verständigung".

Sowohl die Außen- wie die Innenpolitik der „neuen Regierung" bringt der arbeitenden Bevölkerung nichts als noch größere Teuerung, noch größere Steuerlasten, noch mehr Verelendung. Schon kündigt Stresemann weitere Verschlechterung der Löhne der Arbeiter, Verlängerung der Arbeitszeit, massenhafte Entlassungen von unteren Beamten an. Schon wird zum Verbot von kommunistischen Zei-

tungen, zu Verhaftungen, zu Hochverratsprozessen geschritten, um die revolutionäre Arbeiterbewegung zu verfolgen. Das ganze Stinnes-Programm soll mit Hilfe der sozialdemokratischen Führer durchgeführt werden. **Es soll ihnen aber nicht gelingen.**

Wenn die Regierung der Sozialdemokraten und Stinnes-Leute, wenn diese Koalitionsregierung im Augenblick ihres Entstehens noch einige Hoffnungen in Arbeiter- und Angestelltenkreisen erwecken und die Verwirrung in die im Generalstreik Stehenden tragen konnte, so ist es damit größtenteils heute schon aus, die letzte „demokratische" Hoffnung wird endgültig durch die Koalitionspolitik ausgerottet.

Neue, noch gewaltigere Kämpfe stehen bevor. Das arbeitende Volk ist gezwungen, den Kampf gegen seine Ausbeuter und Unterdrücker auf breitester Front aufzunehmen. Kühl und nüchtern gilt es, dem ins Auge zu schauen. Kühl und nüchtern gilt es aber auch, **alle Vorbereitungen zu treffen.**

Die Mängel, die der letzte Generalstreik gezeigt hat, müssen ausgerottet werden. Dies zu tun, ist unsere nächste, heiligste Aufgabe.

Der Generalstreik zeigte, daß die sozialdemokratischen Führer der Gewerkschaften nicht auf seiten des kämpfenden Arbeitervolkes stehen. Es gilt darum, in den Gewerkschaften mit aller Energie dafür zu wirken, daß diese Führer zum Teufel gejagt werden.

Die den Generalstreik führenden Betriebsräte standen noch in zu loser Verbindung miteinander. Da voraussichtlich die revolutionären Betriebsräte auch die kommenden großen Kämpfe zu führen haben werden, muß eine engere Verbindung unter ihnen hergestellt werden.

Vor allem hat es sich gezeigt, daß die **Verbindung der Landarbeiterschaft mit dem Industrieproletariat meist noch äußerst mangelhaft ist.** Hier, Kollegen und Kolleginnen, müßt Ihr sofort Abhilfe schaffen. Notwendig ist zunächst die Schaffung von **Arbeitsausschüssen**, die je 5, 6 oder 7 Orte bezw. Güter umfassen sollen. Diese Arbeitsausschüsse müssen die Vertreter aller Landarbeiter und Landarbeiterinnen sein. Ihre Aufgaben sind klar. Um Kampf zur Beseitigung der Herrschaft der Gutsbesitzer, Industriekapitalisten und Börsianer werdet Ihr und die kleinen Bauern die Nahrungsmittelversorgung sicherzustellen haben. Ihr müßt also unter Führung der Arbeitsausschüsse alle die Ernährung betreffenden Fragen zu lösen vorbereiten. Der Nahrungsmittelbestand auf den großen Gütern, ebenso der Hektarertrag muß festgestellt werden. **Festgestellt werden** müssen alle Sabotageakte der Gutsbesitzer, wie schlechte Bewirtschaftung, Nichtbebauung, Aufforstung von Ackerboden, Verderbenlassen von Nahrungsmitteln. Der Arbeitsausschuß muß das sofort dem Kontrollausschuß der nächsten Stadt mitteilen.

Besondere Aufgaben ergeben sich auch aus der Tatsache, daß auf Gütern faszistische Waffenlager untergebracht sind, wie auch Offiziere, die Organisatoren der faszistischen Mörderbanden sind.

Auch hier sind genaue Feststellungen zu machen und den Kampforganen der Industriearbeiterschaft, den Betriebsräteausschüssen mitzuteilen. Gemeinsam mit diesen sind dann die notwendigen Maßnahmen zu beraten. Kein Zufluchtsort für faszistische Arbeitermörder, kein Aufmarschgebiet für Stahlhelm darf das flache Land mehr sein. **Ihr könnt und müßt das verhindern durch geeignete Abwehrorgane.**

Eine enge Verbindung des Industrie- und Landproletariats muß und muß entstehen als **notwendige Voraussetzung für den Sieg der arbeitenden Bevölkerung in den bevorstehenden Kämpfen.** Dies ist auch das beste Unterpfand dafür, daß von keiner Seite mehr Verwirrung in die Reihen der kämpfenden Arbeiterschaft getragen werden kann. **Darum auf ans Werk! Schafft die organisatorische Voraussetzung für den Sturz der kapitalistischen Herrschaft, für die Bildung einer Regierung der Arbeiter und kleinen Bauern.**

Severing arbeitet fieberhaft

Den armen Agrariern geht es schlecht. Ueberall brechen Landarbeiterstreiks aus. Severing aber kommt den Ausgeiern der deutschen Hungerswol mit seiner technischen Nothilfe als Rettungsengel agrarischer Geldsäcke zu Hilfe. Er hat, wie auch im schlesischen Landarbeiterstreik, bis jetzt 1400 heilige Nothelfer im Kreise Soldin, Jerichow 2, Calbe, Bernburg usw. eingesetzt. Ebenso auf sieben Gütern des Kreises Britzwolk. Die selbst hungernden grünen Polizisten müssen auf höheren Befehl die Geldsäcke der **Großgrundbesitzer schützen.**

Sicherung der Ernährung

Von G. K.

Die Agrarkapitalisten stimmen zurzeit ein großes Klagelied über die Verluste, die den Landwirten aus der Geldentwertung entstehen. Als unbedingt notwendig wird die Schaffung eines wertbeständigen Entgeltes für die Ernteerzeugnisse gefordert, sonst — und nun, Arbeiter, merke auf — „würde die Landwirtschaft (lies: Großgrundbesitz! Red.) dazu gezwungen sein, mit dem Verkauf ihrer Produkte jeweils solange zu warten, bis sie den Erlös unmittelbar in andere Bedarfsgegenstände umsetzen kann." Nicht das Bedürfnis der Massen entscheidet in der kapitalistischen Welt über den Absatz für Lebensmittel, sondern der Profit der Großagrarier. Mag das Volk vor Hunger sterben, solange die Frau Rittergutsbesitzer nicht ein neues Modenkleid braucht, wird das Getreide nicht auf den Markt gebracht.

Schlaglichtartig wird hiermit die ganze ungeheure Ernährungspolitik der Großgrundbesitzer erleuchtet. Angefangen damit, daß sie ihr Land brachliegen lassen, geht durch den ganzen großagrarischen Produktionsprozeß hindurch bis zum Lieferstreik eine eindeutige Linie: Profit, Profit und noch einmal Profit!

Ohne Rücksicht auf die Bevölkerung haben sie in Deutschland die Anbauflächen für Sommerroggen von 108 967 Hektar im Jahre 1913 auf 66 215 Hektar im Jahre 1922 vermindert, haben sie die aufgekauften und gehamsterten Düngemittel, statt sie dem Boden zuzuführen, zu Spekulationszwecken benutzt, haben sie liegen lassen und später teurer wieder verkauft. Und währenddessen sanken die Ernteergebnisse: Brotgetreide, wovon 1913 20 612 300 Tonnen geerntet wurden, sank auf 7 304 000 Tonnen 1922; Futtergetreide verminderte sich von 11 658 000 Tonnen 1913 auf 5 624 000 Tonnen 1922.

Nicht nur in diesen beiden Faktoren liegt unsere Ernährungskrisis begründet. Mehr als 45 000 000 Tonnen Kartoffeln sind im Vorjahre geerntet worden. 15 000 000 genügen zur Ernährung der Bevölkerung. Und trotzdem herrscht Kartoffelknappheit und die Preise steigen ins Ungemessene. Wo sind die 30 Millionen Ueberschuß geblieben? Warum sind nicht einmal die notwendigen 15 Millionen, d. h. ein Drittel nur des gesamten Ernteergebnisses, auf den Markt gekommen? Weil man höhere Preise erzielen kann, wenn man die Kartoffeln zu Schnaps verarbeitet. Weil es so vorteilhafter ist, erst einmal eine große Knappheit eintreten zu lassen, um dann die wenigen Kartoffeln, die man nunmehr verkauft, zu hohen und höheren Preisen abzusetzen. Und wenn auch dies Manöver nicht hilft — dann verkauft man eben seine Kartoffeln überhaupt nicht. Man läßt sie verfaulen und verkommen.

Greifen die hungernden Proletarier zur Selbsthilfe und zwingen die Junker und ihre Organe zum Verkauf, dann schreit man Zeter und Mordio über die „kommunistischen Banditen" und erklärt: „Notwehr ist Pflicht", d. h. auf gut Deutsch: treiet ein in die hakenkreuzlerischen Organisationen, ruft die Technische Nothilfe herbei, schießt die darbenden Frauen und Kinder nieder.

„Notwehr ist Pflicht!" Auch für euch Proletarier, duldet es nicht länger, daß ihr hungern müßt, während die Junker in Autos herumkutschieren, während ihre Frauen in Samt und Seide protzen, Knüppelgarden mit Karabinern und Maschinengewehren ihre Geldsäcke bewachen. Das muß anders werden.

Die Waffenlager der Großgrundbesitzer müssen ausgekundschaftet werden, die Ergebnisse der diesjährigen Ernte müssen kontrolliert werden, die Lebensmittel dürfen nicht länger zu Spekulationszwecken dienen, sie müssen sobald wie möglich zum Verkauf kommen.

Das zu organisieren und auszuführen, ist vor allem Aufgabe der Landarbeiter und Kleinbauern. Ländliche Kontrollausschüsse müssen gebildet werden, die jeder reaktionären Verbindung der Großagrarier entgegentreten, die auf Truppenübungen und faszistische Versammlungen ein wachsames Auge haben und der Reaktion ihre militärische Waffe zerschlagen.

Daneben aber muß sofort Abhilfe gegen die Ernährungskrise geschaffen werden. Nicht mehr allein der Kleinbauer, der meist zum sofortigen Verkauf seiner Produkte gezwungen ist, soll seine Erzeugnisse rasch auf den Markt werfen, sondern **gerade die Großgrundbesitzer, die zum Teil heute noch Getreide von 1921 aufgestapelt haben,** müssen zum Verkauf gezwungen werden. Es muß kontrolliert **werden,** wie viel angebaut wird und wie viel geerntet wird. **Die Junker dürfen nicht mehr die Möglichkeit haben, falsche Angaben über die Ernte zu machen.** Hier müssen die Kleinbauern und **Landarbeiter** in ihrer Arbeit einsetzen.

Damit aber die so bereit gestellten Lebensmittel auch wirklich der gesamten arbeitenden Bevölkerung zugute kommen und zweckmäßig zur Verteilung gelangen, müssen ländliche und städtische Kontrollausschüsse sowie die industriellen Betriebsräte Hand in Hand arbeiten.

Freilich wird und kann diese Selbsthilfe des Proletariats immer nur ein Notbehelf sein, solange die Staatsmacht in der Hand der Kapitalisten liegt. Eine durchgreifende Aenderung in den Verhältnissen wird erst dann möglich sein, **wenn das arbeitende Volk, Stadt- und Landproletariat, Siedler, Pächter und Kleinbauer, selbst die Macht in die Hand genommen haben. Darum: Sturz der Regierung Stresemann-Hilferding; Aufrichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung.**

Der süddeutsche Arbeiter- und Bauernkongreß

Die Vollversammlung der Stuttgarter Betriebsräte hat angesichts der drohenden Verelendung und des faszistischen Treibens in Süddeutschland beschlossen, einen süddeutschen Arbeiter- und Bauernkongreß einzuberufen. Der Fünfzehnerausschuß der Stuttgarter Betriebsräte hat einen demgemäßen Aufruf an die Arbeiter und werktätigen Bauern Süddeutschlands erlassen. Aus mehreren Orten Württembergs sind seitens mittlerer Bauernbetriebe und Fabrikbelegschaften bereits Zustimmungserklärungen eingegangen.

Am 28. August fand in München eine vom „Bund freier selbständiger Kleingewerbetreibender Münchens" einberufene Versammlung statt. Die Versammlung befaßte sich mit den Ursachen der Lebensmittelnot und der fortwährenden Preissteigerung und den Wucher und Spekulationsgewinnen. Auch die Zahlungsschwierigkeiten des Kleinhandels wurden ausgiebig besprochen.

Die Versammlung nahm einen Vortrag des Vorsitzenden des „Bundes freier selbständiger Kleingewerbetreibender Münchens" Flingelli entgegen. Der Referent entwickelte ein klares Bild über die Zustände auf dem Münchener Lebensmittelmarkt und über die Preisunterschiede zwischen inländischen und ausländischen Lebensmitteln. Er stellte fest, daß die italienischen Kartoffel teilweise billiger seien als die niederbayerischen. Als Flingelli ausführte, daß für die Kleingewerbetreibenden es nur eine Rettung durch den gemeinsamen Kampf der Arbeiterschaft geben könne, wurde er von starkem Beifall unterbrochen.

Der zweite Referent Prof. Kullmer, sprach über die politische und wirtschaftliche Situation. Es wies insbesondere auf die Gegensätze zwischen Industrie, Großhandel, und Großagrartum und Kleinhandel hin. In der Diskussion sprach Genosse Gäbel von der Kommunistischen Partei und entwickelte die Ursachen, die zu den jetzigen Zuständen führten. Nach einer ausgiebigen Diskussion wurde eine von den Kommunisten eingebrachte Resolution gegen nur 5 Stimmen angenommen. Die Resolution schließt:

„Die öffentliche Versammlung der Kleingewerbetreibenden und Händler begrüßt auf das lebhafteste den Beschluß der württembergischen Arbeiterschaft alsbald einen süddeutschen Arbeiter- und Bauernkongreß einzuberufen, wünscht aber ausdrücklich, daß dieser Kongreß zugleich die Möglichkeit gibt, daß der Gewerbe- und Handeltreibende Mittelstand mit gleichen Rechten und Befugnissen auf diesem Kongreß vertreten sein kann. Aus diesem Grunde fordert die Versammlung, daß der Vorstand des „Bundes der Kleingewerbetreibenden Münchens" sich an den Fünfzehnerausschuß der Stuttgarter Betriebsräte als Einberufer des Kongresses wendet mit dem Ersuchen, den Kongreß unter der Bezeichnung: „Süddeutscher Arbeiter-, Mittelstands- und Bauernkongreß" einzuberufen. Zu gleicher Zeit beauftragt die öffentliche Versammlung der Kleingewerbetreibenden den „Bund der Kleingewerbetreibenden Münchens", eine Delegation zu diesem Kongreß zu entsenden."

Die Brutalität, mit der die Kapitalisten und Großhändler gegen den Mittelstand vorgehen, bringt auch diese zu der Erkenntnis, daß sie nur gemeinsam mit der revolutionären Vorhut des deutschen Proletariats sich vor dem Untergang retten können.

Zwei Landarbeiterkongresse

Von H. Rau (Berlin)

In der zweiten Hälfte des Monats September werden zwei zu beachtende Kongresse der Landarbeiterschaft stattfinden. Zwei Bilanzen über die Landarbeiterbewegung werden gezogen.

In Moskau wird eine **Internationale Konferenz der Vertreter des revolutionären Landproletariats** tagen.

In wenigen Jahren haben sich unter dem Banner der Roten Gewerkschaftsinternationale mehr als eine Million organisierter revolutionärer Landarbeiter und Landarbeiterinnen vereinigt. Um diesen organisierten revolutionären Kern der Landarbeiterschaft schart sich ein breiter Ring Sympathisierender, ein breiter Ring von Landarbeitern, die ideologisch der RGI. angehören, deren Herzen für die Revolution schlagen. Das Heer der ideologisch und organisatorisch der RGI. angehörenden Landarbeiter und Landarbeiterinnen wächst täglich, stündlich. Darin liegt ein gewichtiges Unterpfand für den Sieg der proletarischen Revolution.

Die internationale Konferenz der revolutionären Landarbeiter wird und muß nach gründlicher Analyse der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, nach eingehender Abwägung der Kräfteverhältnisse, Richtlinien für die weitere Tätigkeit der roten Landarbeiter geben. Die für unsere Taktik allgemein gegebenen Beschlüsse der RGI. wird die Konferenz besonders für die Landarbeiterschaft konkretisieren.

Der Austausch der in den einzelnen Ländern gemachten strategischen Erfahrungen in Lohnkämpfen, in der Abwehr der agrarkapitalistischen Offensive wird für die internationale Landarbeiterbewegung befruchtend wirken.

In diesem Zusammenhang steht auch die Frage der Bekämpfung des Faszismus, zu der die Konferenz besonders Stellung nimmt. Die Wichtigkeit des Landproletariats gerade in dieser Frage bedarf keiner besonderen Betonung. Allgemein ist bekannt, daß die Agrarkapitalisten nicht nur faszistische Offiziere auf ihren Gütern unterbringen, ihnen die Organisierung faszistischer Truppe ermöglichen, sondern auch für ausgedehnte Waffenlager sorgen. Die Konferenz wird mit besonderem Nachdruck die Aufmerksamkeit der Landarbeiterschaft dahin zu lenken haben.

Den faszistischen Gewalthorden, dem faszistischen Terror, den faszistischen Sturmtrupps muß vor allem auch die Landarbeiterschaft die proletarischen Abwehrorgane entgegensetzen.

Andererseits darf die Landarbeiterschaft nicht an der Tatsache vorübergehen, daß der Faszismus auch eine Bewegung verzweifelnder, keinen Ausweg sehender Mittelschichten ist. Hier erwachsen der Landarbeiterschaft besonders große Aufgaben. Verleitende Dorflehrer, Post- und Eisenbahnbeamte, Gutsangestellte, Kleinrentner und vor allem landarme Bauern gilt es den Fangarmen des Faszismus zu entreißen und in die proletarische Klassenfront einzureihen. Ueber das **Verhältnis der Landarbeiterschaft zum Kleinbauerntum** wird deshalb die Konferenz in einem besonderen Punkt der Tagesordnung Stellung nehmen.

Selbstredend wird die Konferenz der engen Verbindung zwischen den Kämpfen des Land- und Industrieproletariats ihre Aufmerksamkeit schenken. Allgemein kann hier gesagt werden, daß in allen kapitalistischen Staaten diese Verbindung noch äußerst schwach ist; meist sind hier nur Ansätze, allerdings verheißungsvolle, zu beobachten.

Im Interesse der internationalen revolutionären Landarbeiterbewegung wird die Konferenz aber auch ihre Augen nicht verschließen vor vorhandenen Mängeln innerhalb der roten Landarbeiterinternationale. Gewiß sind diese der sich zeigenden Mängel und Fehler eine Begleiterscheinung, die sich bei jeder jungen Bewegung zeigt. Das ist aber kein Grund, um daran vorüberzugehen. Es muß hier so weit wie möglich Abhilfe geschaffen werden. Im Vordergrund dabei steht eine bessere, straffere **Zentralisation.** Die Verbindungen zwischen den einzelnen Ländern sind immer noch ungenügend. Der Austausch der Erfahrungen muß ein ständiger sein, darf nicht erst auf den nach langen Zwischenräumen stattfindenden Konferenzen erfolgen. Die Internationale Leitung des revolutionären Landproletariats muß in Zukunft etwas mehr aktiv hervortreten, was nur nach Schaffung obiger Voraussetzungen geschehen kann. Gewiß darin muß die Landarbeiterschaft den grundsätzlichen Unterschied zwischen der im Aufbau befindlichen Mos-

Aus Breslau

Schikanen gegen die „Schlesische Arbeiter-Zeitung"

Die Schikanen gegen unser Blatt nehmen kein Ende. Die Breslauer Polizei ist bestrebt, unseren Straßenhändlern soviel Schwierigkeiten wie möglich in den Weg zu legen. Genosse Rothaar wird dauernd von Schupoleuten belästigt und mit Strafbefehlen bedacht. Weil er am 20. Juli am Hauptbahnhof die „Schlesische Arbeiter-Zeitung" verkaufte, und auf die Rüstungen der schlesischen Faszisten, die in derselben Nummer behandelt wurden, hinwies, erhielt er einen Strafbefehl über 100 000 Mark oder einen Tag Haft. In dem Strafbefehl heißt es:

„Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wird gegen Sie wegen der Beschuldigung, am 20. Juli 1923 zu Breslau vor dem Hauptbahnhofe in lästigender Weise zum Kaufe der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung" aufgefordert zu haben gegen § 4 Abs. 3 der Polizei-Verordnung vom 3. 11. 21 (Pol. Amtsblatt Nr. 90), wofür als Beweismittel bezeichnet ist

1. Ihr Zeugnis,
2. des Kaufmanns Max Tschöpe, hier, Bohrauerstraße 10,
3. Arthur John, Schweidnitzerstraße 52,

eine Geldstrafe von einhunderttausend Mark und für den Fall, daß dieselbe nicht beigetrieben werden kann, eine Haftstrafe von 1 (einem) Tage festgesetzt."

Dieser amtliche Ukas erinnert an die wilhelminischen Zeiten. Der ganze amtliche Apparat wird aufgeboten wegen einer lächerlichen Bagatelle.

Die Behörden täuschen sich, wenn sie glauben, durch solche Mittel den Vertrieb unserer Zeitung hemmen zu können. Die Polizei sollte sich lieber um den Vertrieb der perversen Schmutzblätter kümmern. Offenbar findet sie in der Verbreitung dieser Blätter keine Belästigung des Publikums. Eine „Belästigung" liegt aber dann vor, wenn ein Arbeiterblatt dem Publikum angeboten wird und deutschnationale Bürger daran Anstoß nehmen.

Die Fahrpreiserhöhung der Städtischen Straßenbahn

Die Fahrpreise betragen ab 6. September: Vorzone auf den Linien 3, 5, 6 und 18, bis 10 Uhr abends, 180 000 Mk., einfache Fahrt, bis 10 Uhr abends, 200 000 Mk., nach 10 Uhr abends 240 000 Mk., desgl. für Kinder von 6 bis 14 Jahren, Gepäck und Tiere 100 000 Mk.; Zeitkarten bis 11 Uhr abends gültig: Achterkarten 1 400 000 Mk., Achterkarten für Kriegsverletzte, Studenten, Schüler über 18 Jahre 600 000 Mk., Wochenkarten 1 800 000 Mk., Umsteige-Wochenkarten 2 000 000 Mk., Vorzugs-Wochenkarten (für städt. Bedienstete) 1 400 000 Mk., Monats-Netzkarten 28 000 000 Mk., Monats-Streckenkarten 14 000 000 Mk.; bis abends 8 Uhr geltend: Schüler-Wochenkarten (bis zu 18 Jahren) 400 000 Mk.

Die Fahrscheine für die einfache Fahrt zu 100 000, 200 000 und 240 000 Mk. berechtigen auch zum Umsteigen, wenn es vor der Lösung des Fahrscheines verlangt wird. Bei den im Tagesverkehr zum Preise von 100 000 und 200 000 Mk. bis 10 Uhr abends ausgegebenen Umsteigefahrscheinen kann bei unmittelbarer Fortsetzung der Fahrt das einmalige Umsteigen auch auf einen Wagen der Elektrischen Straßenbahn (Linien 10, 11 und 12) an den Kreuzungs- bezw. Abzweigungsstellen vorgenommen werden. Im Nachtverkehr von 10 Uhr abends an besteht diese Umsteigeberechtigung nicht. Zwei Kinder unter 6 Jahren, auf dem Schoß gehalten, fahren frei. Schülerkarten gewähren kein Anrecht auf einen Sitzplatz. Achterkarten, die in der 36. Betriebswoche erworben worden sind, können bis zum 8. September abgefahren werden. Dies gilt auch für die in dieser Woche bei der Kasse der Straßenbahn gekauften Vorverkaufs-Achterkarten. Mit dem 9. September verlieren sie ihre Gültigkeit; für die bis dahin nicht ausgenutzten Fahrten findet eine Rückerstattung nicht statt.

Monatskarten für September zum Preise von 14 000 000 bezw. 7 000 000 Mk. unterliegen der Zahlung eines Zuschlages von 11 000 000 Mk. für Netzkarten und 5 500 000 Mk. für Streckenkarten. Die Zuschlagsmarken werden von der Kasse der Straßenbahn, Steinstraße 71/73, und vom Verkehrsbüro Barasch ausgegeben. Vom 19. September sind Netz- und Streckenkarten für September nur gültig, wenn sie mit den Zuschlagsmarken versehen sind. Ohne diese Marken berechtigen sie alsdann nicht mehr zur Fahrt.

Während die Verkehrsdeputation in Berlin die Erhöhung des Fahrpreises auf 200 000 Mark ablehnte, hat der Ferienausschuß über die Köpfe der Stadtverordnetenversammlung und gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung diese Erhöhung beschlossen. Daß dieselbe einen katastrophalen Rückgang der Zahl der Fahrgäste und das Ende der Straßenbahn bedeutet, haben wir bereits mehrfach festgestellt. Es ist höchste Zeit, daß die unfähige sozialdemokratische Stadtverordnetenmehrheit endlich zum Teufel gejagt wird.

Schützt euch vor der Ruhrerkrankung

Der Polizeipräsident veröffentlicht folgende Warnung:

Im Hochsommer und Herbst treten erfahrungsgemäß Erkrankungen an Ruhr in größerer Anzahl auf. Zur Verhütung einer epidemischen Ausbreitung ist es erforderlich, daß sich die Bevölkerung über das Wesen der Krankheit unterrichtet und in seinem Verhalten so einrichtet, daß Uebertragungen tunlichst vermieden werden.

Die Ruhr beginnt mit heftigen Leibschmerzen und Durchfällen, die bald schleimiges Aussehen annehmen. Meist ist dem Schleim auch Blut beigemengt. Bisweilen beginnt die Krankheit mit Erbrechen und Uebelkeit. Fieber ist oft vorhanden, kann aber auch vollständig fehlen. Es empfiehlt sich, beim Auftreten verdächtiger Krankheitserscheinungen sofort einen Arzt zu Rate zu ziehen.

Die Ruhr ist eine ausgesprochene Schmutzkrankheit. Ihre Uebertragung kommt ausschließlich dadurch zustande, daß Teile vom Stuhlgang eines Ruhrkranken in den Mund eines Gesunden geraten. Der Erreger der Ruhr, ein Bazillus, wird nämlich von den Kranken lediglich mit dem Stuhlgang ausgeschieden. Die dünnflüssigen Darmentleerungen beschmutzen auch bei an sich sauberen Menschen sehr leicht die Hände, zumal Papier häufig für Flüssigkeiten und Bakterien durchlässig ist. Durch unsaubre Hände werden dann die Ruhrkeime auf Gegenstände (Griff am Wasserzug des Klosetts, Türklinken, Treppengeländer und Gebrauchsgegenstände), ferner auf Nahrungsmittel oder unmittelbar auf Gesunde übertragen.

Der wirksamste Schutz gegen die Ruhr ist daher Sauberkeit der Hände. Dringend zu empfehlen ist der Gebrauch von gutem Klosettpapier. Außerdem aber beherzige jeder:

„Nach der Notdurft, vor dem Essen,
Händewaschen nicht vergessen!"

Besonders muß auch beim Herrichten von Speisen (Anrichten ungekocht zu genießender Gerichte, Streichen des Butterbrotes!) auf Sauberkeit der Hände geachtet werden:

„Willst andere Du mit Speise laben,
So mußt du saubre Hände haben!"

sollte sich jede Hausfrau, jede Köchin zum Wahlspruch machen. Unreifes Obst und verdorbene Nahrungsmittel verursachen an sich keine Ruhr. Sie können jedoch durch Erzeugung von Magen-Darmkatarrhen das Haften etwa in den Darmkanal hineingelangter Ruhrbazillen und damit das Entstehen der Ruhr begünstigen. Deshalb vermeide man beides, wenn Ruhr herrscht, ganz besonders.

Die beste Pflege findet ein Ruhrkranker in einem Krankenhaus. Durch schleunige Absonderung der Kranken und Infizierten im Krankenhause werden auch ihre Familienangehörigen und Arbeitsgenossen in wirksamster Weise gegen die Uebertragung der Ruhr geschützt. Werden die geschilderten Vorsichtsmaßregeln beobachtet, so erlischt eine Ruhrepidemie in der Regel schnell.

Anmerkung der Redaktion: Die durch die Hungerlöhne bedingte Unterernährung des Proletariats begünstigt die Entstehung der Ruhrkrankheit ganz besonders. Sind es doch gerade Arbeiterfrauen und Kinder, die oft schlechtes und unreifes Obst essen um ihren Hunger zu stillen. Wir empfehlen daher unseren Lesern die Warnungen des Polizeipräsidenten zu beherzigen. Die Ruhrkrankheit würde gerade unter dem unter dem Wohnungselend leidenden Proletariat die fürchterlichsten Opfer fordern.

Freitag abend 8 Uhr, im Schießwerder: Uebungsabend des kommun. Männerchors. Es ist unbedingt erforderlich, daß sich noch mehr Genossen daran beteiligen.

Aus der Provinz

Nur der Kommunismus kann uns retten!

Diese Ueberzeugung gewinnt von Tag zu Tag mehr Anhänger unter der arbeitenden Bevölkerung in Schlesien. In allen Kreisen des Bezirkes geht es vorwärts. Besonders erfreulich ist die Bewegung im Kreise Hirschberg. Während der letzten vierzehn Tage fanden eine Anzahl Volksversammlungen in diesem Kreise statt. In Kaiserswaldau, Ludwigsdorf, Boberröhrsdorf, Agnetendorf und Saalberg wurden neue Ortsgruppen der Partei gegründet. In Arnsdorf, Petersdorf, Hermsdorf, Steinseiffen, Warmbrunn und Giersdorf, wo ebenfalls Versammlungen stattfanden, haben die Ortsgruppen an Mitgliedern zugenommen.

In einigen Ortschaften des Kreises sind die VSPD.-Ortsgruppen geschlossen zur KPD. übergetreten. Wie stark die kommunistische Bewegung in Hirschberg selbst ist, zeigt der Bericht von der Faszistenversammlung, in der 50 Arbeiter der Partei beitraten.

Die Sammlungen, welche in den 12 Versammlungen abgehalten wurden, erbrachten eine Summe von 4 3 Millionen und 883 000 M.

Diese Zahlen dürften der „Bergwacht", „Volkszeitung", dem „Proletarier" und dem halben Dutzend anderer sozialdemokratischer Provinzblätter, die sich täglich heiser bellen, um die KPD. tot zu reden, beweisen, daß auch der seit dem Generalstreik betriebene neue Verleumdungsfeldzug gegen die KPD. den Siegeszug des Kommunismus nicht mehr aufhalten kann. Wir lassen der „Bergwacht" darum gern das Vergnügen, zu bellen.

Denn: Ihres Bellens lauter Schall
beweist nur, daß wir reiten.

Waldenburg.

Oeffentliche Quittung. Auf die veranstalteten Sammelisten der Kommunistischen Jugend, Unterbezirksleitung Waldenburg, zur Ausbauung des Jugendbüros, sind bis jetzt folgende Beträge gezeichnet worden, worüber wir hiermit öffentlich quittieren:

Von der KJ. Gottesberg auf Liste Nr. 31 150 000 Mk., auf Liste Nr. 32 710 000 Mk., auf Liste Nr. 33 1 405 000 Mk., von der KJ. Striegau auf Liste Nr. 7 136 000 Mk., auf Liste Nr. 8 460 000 Mk., auf Liste Nr. 9 200 000 Mk., von der KJ. Kauffung auf Liste Nr. 52 500 000 Mk., auf Liste Nr. 53 1 000 000 Mk., von der KJ. Nieder-Hermsdorf auf Liste Nr. 13 1 820 000 Mk., auf Liste Nr. 15 231 000 Mk., durch Kindergenossen Demsky auf Liste Nr. 56 179 000 Mk., durch Gen. Lebutte auf Liste Nr. 64 571 000 Mk., von der KJ. Fellhammer auf Liste Nr. 36 1 000 000 Mk., von der KPD. Wolta auf Liste Nr. 61 27 Kronen und von der KPD. Schahlar auf Liste Nr. 63 51 Kronen. Gesamtsumme: 8 362 000 Mk. und 78 Kronen.

Diese Beträge langen noch nicht aus, um das Büro so herzustellen, wie es notwendig ist. Alle, die noch etwas beisteuern können, ersuchen wir, sich noch Sammellisten bei uns zu holen. Allen Spendern besten Dank!

KPD., Unterbezirk Waldenburg.

Achtung! Partei- und Jugendgenossen! Im Parteibüro benötigt die Unterbezirksleitung der Jugend einen Tisch und Stühle. Genossen, welche derartige Gegenstände ablassen können oder billig zu kaufen wissen, ersuchen wir, uns sofort Mitteilung zu machen. Schnelle Hilfe tut not!

Unterbezirksleitung der KJ. Waldenburg.

Verloren am Jugendtag in Friedland eine Taschenuhr. Genossen(innen), welche eine Uhr gefunden haben, werden ersucht, diese im Parteibüro Waldenburg, Auenstraße 34, abzugeben.

Sammlung für die Gemaßregelten. Die von der Zentralstreikleitung herausgegebenen Sammellisten zur Unterstützung der anläßlich des letzten Streikes gemaßregelten und inhaftierten Kameraden hat bis zum 2. September folgendes Ergebnis gezeigt: Liste Nr. 1: 2 000 000 Nr. 10: 4 392 250, Nr. 28 und 29, gesammelt auf dem Hans-Heinrich-Schacht: 29 558 150, Nr. 33, Baugewerbe Altwasser: 3 165 000, Nr. 43, Julius-Schacht: 4 130 000. Die Listen Nr. 78, 82, 85, Bahnschacht: 12 469 000, Nr. 103, durch O. Reinhold-Dittersbach: 13 000 000, Nr. 131, die Genossen der KPD. 800 000, Listen Nr. 133 und 138, Viktor-Grube, 2 735 000 und eine a-Conto-Zahlung von derselben Grube in Höhe von 2 846 000. Der größte Teil des Geldes ist bereits ausgezahlt.

Arbeitereltern, Parteigenossen! Sonnabend, den 8. September, abends 7 Uhr, findet im Gasthof zum „Edelstein" ein Elternabend der Kommunistischen Kindergruppe Waldenburg statt. Der Eintrittspreis beträgt 30 000 Mark. Alle, die Interesse haben, die Kindergruppenbewegung zu fördern, sind eingeladen. Auch werden Kinder anderer Kindergruppen teilnehmen, wozu wir eine Anzahl Quartiere benötigen. Alle Genossen(innen), welche Kinder vom Sonnabend zum Sonntag beherbergen wollen, melden dies im Parteibüro der KPD., Waldenburg, Auenstraße 34.

Das Mutterl der Tolan

Roman von Concha Espina

Copyright 1922. Verlag W. J. Mörlins, Berlin

44]

Die alte Frau hatte weiter keinen Wunsch, als ihm gefällig zu sein; unermüdlich, kräftig und entschlossen, war sie stets bereit, Enriques Wünsche zu unterstützen und ihm Freude zu machen. Sie lebte nur für ihn und empfand mit ihrem ganzen ungezügelten Naturell einen wachsamen Haß gegen die Arbeitgeber, die für einen elenden Tagelohn dem Burschen die Gesundheit aus den Knochen sogen. Ihr erschien der Streik mit seinen ersten Folgen als eine erhabene Rache; deshalb zeigte sie sich munter und gesprächig.

Ohne sich der durchwachten letzten Nacht zu erinnern, nahm sie mit großer Bereitwilligkeit die beiden fast völlig verlassenen Häuslichkeiten in ihre Obhut, denn Natalie, die die ruhelose Tätigkeit ihres Mannes beängstigt, erschien sehr hinfällig und nervös: sie sieht sich schon zum zweitenmal im Gefängnis, verfolgt und von den Feinden des Agitators in erdichtete Verbrechen verwickelt.

Es ist noch kein Jahr her, daß die Gefängniszellen von Nerva sie das ungerechteste Martyrium erdulden und wieder in ihre Krankheit verfallen sahen: nachdem sie so vieles durchgemacht hat, ist es nur die Jugend, die sie am Leben erhält, die ihr einen Aufschub bewilligt und einige Stunden der Hoffnung gewährt.

Ihre Freunde umgeben sie jetzt mit Liebe.

„Es wird kein Unglück geschehen, Kind!" sagt Dolores, um die Befürchtungen der Kranken zu beschwichtigen. „Den Herren wird es schlimmer ergehen, als uns; sie werden die Daumen drehen, und die Sache wird ihnen bald langweilig werden!"

Singend und schwatzend geht die Frau ab und zu, füllt die durstigen Krüge, bereitet das Essen und räumt das Gerümpel fort.

Plötzlich bleibt Aurora an der Tür ihres Zimmers stehen und wendet sich in großer Befangenheit an Rosario:

„Ich muß dir sagen, daß ich nicht verheiratet bin."

„Du wirst dich noch verheiraten" — erwidert die junge Dame; ihre Stimme klingt ruhig und freundlich.

Unerwartet und in etwas rauhem Ton fügt Dolores hinzu:

„Ich war auch nicht verheiratet und bin doch eine anständige Frau."

Aber die Mutter jenes Kindes, das nur Nena heißt, fühlt ihre Besorgnis wachsen; niemals hat sie ihre Lage so peinlich empfunden, wie in diesem Augenblick: ihre ganze Seele wird bei den großzügigen Worten der Freundin von Unruhe und Zärtlichkeit verzehrt. Eben will sie ihre Vorsätze offen aussprechen, als Aurelio die Treppe heraufkommt und sagt:

„Sie wollen Verhandlungen mit uns anknüpfen. Die Frau des Direktors schickt eine Botschaft für Sie, Rosario, und bittet Sie für heute abend mit einigen Bergmannsfrauen nach Vista Hermosa."

„Wirklich?"

„Ja, es ist so; sie hat an Estevez geschrieben, mit dem sie befreundet ist: man hält Sie für die Präsidentin des Syndikats!"

Das junge Mädchen wird rot und fragt:

„Soll ich hingehen?"

„Ohne Zweifel."

Aurelio zeigt ihr eine sehr höfliche Karte von der Direktorin. Jose Luis erscheint, die Hände voll gelber Papiere.

„Das sind die Einberufungsschreiben zu heute abend", sagt er und wirft eine Handvoll in die Luft. „Sie sind schon über alle Abteilungen verbreitet; die müssen die Damen schön erschreckt haben, als sie bei der Direktion ankamen!"

Anita geht mit ihren kleinen Taubenschrittchen herum und sammelt die Drucksachen auf.

„Mit wem werde ich gehen?" fragt Rosario.

Aurelio wendet sich an Natalie:

„Mit dir selbstverständlich."

„Nein; sie wollen mit Frauen vom Bergwerk sprechen: ich stamme nicht von hier."

„Hast du Furcht?"

Der heftig geäußerte, unverdiente und anklagende Zweifel bringt die junge Frau völlig außer Fassung.

„Ich habe nichts weiter," flüstert sie, „als den Wunsch, bald zu sterben." Und sie bricht in Tränen aus.

Alle umringen sie mitleidig. Aurora hat diesem hinfälligen, melancholischen Geschöpf schon ihr Herz geöffnet, und Rosario richtet den Blick voller Strenge auf den Urheber dieser bitteren Tränen.

„Wie können Sie, der sich in Mitleid für andere verzehrt, ihr Schmerz bereiten?" sagt sie ihm vorwurfsvoll ins Ohr.

„Ich weiß es selbst nicht," stammelt er, „es ist mein Verhängnis, daß ich die Menschen quälen muß, die ich am meisten verehre." — Sein sanfter, blauer Blick ruht voll Zärtlichkeit auf der Kranken und bleibt dann auf Rosario haften, die diese heißen Augen so gut kennt, in denen Leidenschaft und Wollen getrennt wohnen. Das junge Mädchen zügelt ihre entfliehenden Gedanken und erklärt mit lauter Stimme:

„Natalie ist nicht wohl, sie muß ins Bett. Ich werde mit Aurora gehen."

„Und ich bin ja auch noch da!", stellt Dolores fest und schlägt sich an die Brust, wahrscheinlich um ihre Gegenwart deutlicher vor Augen zu führen. — „Ich begleite euch, wohin es nötig ist."

„Aber du mußt das Fräulein sprechen lassen!" warnt Aurelio.

„Selbstverständlich; ich gehe ja nur als ‚Anstandsdame' für die jungen Mädchen, wenn es euch recht ist."

„Dann ist es gut." Und zu Natalie gewendet, die noch immer das Schluchzen schüttelt, sagt er, daß alle es hören:

„Ich weiß, wie tapfer du bist: weshalb betrübt dich ein Wort, das mir entschlüpft ist, ohne daß ich es wollte?"

Sie antwortete nicht, und er fährt zerknirscht fort:

„Verzeihst du mir?"

„Du hast ja recht!" erwidert sie schließlich.

„Intriesern?"

„Ich habe Furcht vor dem Leben — mehr als vor dem Tode. Ich taugt zu nichts."

Der Gatte muß ihr Mut einflößen. Als er sich ihr nähert, bemerkt er die Trockenheit ihrer Haut und die Starrheit ihrer Augen, die blau und bemüdet sind, wie die Blüten des Enzians.

„Sofort mußt du dich niederlegen, sofort!" ordnet er an, das Herz voll Reue und Sorge; und als er ihr hilft sich zu entkleiden, bittet sie ihn, nur ihm verständlich, mit einer Stimme, die getränkt ist mit Trauer:

„Wenn ich sterbe, so heirate Rosario."

Sie lächelt durch Tränen. Der Gatte unterbricht sie verwirrt und bestürzt:

„Sei still, sei still! Was redest du da!"

„Ihr liebt euch, das läßt sich nicht verbergen! Ihr seid ja wie für einander geboren, ich habe kein Recht, es euch zum Vorwurf zu machen."

„Natalie, um Gottes willen!"

„Du bist so gut zu mir gewesen — und sie ebenfalls. Ich bin nicht die Gefährtin, die du brauchst..., und ich möchte, daß du auch noch ein wenig Glück fändest."

Ihr Lächeln löst sich in einen Klagelaut, und der Mann überschüttet sie, in Mitleid und Dankbarkeit aufgelöst, mit Liebkosungen und Versicherungen.

In diesem Augenblick durchlebt er nochmals die Geschichte seiner Begegnung mit diesem freimütigen, blonden Mädchen, das ihm wie eine menschgewordene Rose erschien. Sie bereitete sich an der Musterschule von Oviedo auf das Lehrerinnenexamen vor, als der junge Mann wieder einmal ein paar Erholungswochen dort mit seiner Familie verlebte. Er verliebte sich in die sanfte Lieblichkeit des Mädchens, die zu seiner eigenen aufrührerischen Kämpfernatur so sehr im Gegensatz stand. Sie wurden erst Freunde und verlobten sich dann; sie vertraute sich ihm gläubig und voller Hoffnungen an, und er wußte sie zu verdienen und gab ihr seinen Namen. Und mit der Absicht, sie glücklich zu machen, riß er sie in den Orkan seines Lebens hinein. Ihr erstes Kind wurde im Gefängnis in Madrid geboren: man hatte sie in einen Prozeß verwickelt, den man dem Gatten als dem Anstifter einer heftigen antimilitaristischen Campagne machte. Hier starb das Neugeborene, die Mutter wurde krank, und ihr geschwächter Körper konnte sich nicht wieder erholen. Dann folgten eine zweite Entbindung, neue Verfolgungen, weitere Strafen, und nach fünfjähriger Ehe war das rotbäckige Mädchen eine vom Tode gezeichnete, tuberkulöse Frau geworden. Sie hatte niemals geklagt, aber ihre passive Natur und ihre körperliche Schwäche befähigten sie auch nicht, dem Gatten in seinen Unternehmungen zur Seite zu stehen, sie beschränkte sich vielmehr darauf, ihn und wieder einen stürmischen Anlauf zu nehmen, der sie stets an den Rand des Grabes brachte.

Das Prügelzuchthaus in Gr.-Strehlitz

Zu den skandalösen Zuständen im Prügelzuchthaus Groß-Strehlitz wird uns noch berichtet:

Der Inspektor Riedel hat, um sich und seine Prügelhorden zu decken, Anweisung gegeben, daß „die zerschlagenen Scheiben gezählt werden sollen". Man will, da die Oeffentlichkeit an dem Prügelvorgang am Abend des 14. August Anstoß genommen, damit argumentieren, die Gefangenen hätten (natürlich viele, oder alle!!!???) — die Scheiben zerschlagen. Tatsächlich aber handelt es sich um Scheiben, die schon zum Teil seit Jahr und Tag entzwei sind und aus mannigfachen Gründen anderer Art zum Teufel gegangen sind. Ein einziger Mann hat seine Zelle zerschlagen. Dieser Gefangene ist vollständig nervenkrank und gemäß ärztlichen Feststellungen nicht fähig für die Strafverbüßung in Einzelhaft. Es sind noch mehr nervenkranke Gefangene in Groß-Strehlitz, die zu Unrecht in Einzelhaft gehalten werden. Systematische Reizungen bringen diese Leute dann zu Tobsuchtsanfällen. Ueberhaupt besteht die Vorschrift, daß Gefangene unter keinen Umständen länger als drei Jahre in Einzelhaft gehalten werden dürfen. Trotzdem wird die Hälfte aller Gefangenen in Groß-Strehlitz widerrechtlich in Einzelhaft gehalten. Beschwerden, sowohl an den Strafvollzugspräsidenten Humann in Breslau, wie an den Justizminister, nützen einfach nichts. Abgesehen werden also die Gesetze zum Schutze der geistigen Gesundheit der Gefangenen unbeachtet gelassen. Und wenn ein Gefangener wirklich wahnsinnig wird, dann schlägt man ihn halb tot, oder gar auch ganz. Man weiß ja nicht alles, was noch geschehen, oder es läßt sich eben nicht beweisen. Die Prügelbestien im Zuchthaus in Groß-Strehlitz sind eben Helden. Von Meuterei oder ähnlichem kann auch nicht der Schein beigebracht werden, da alle Mann längst sich wieder beruhigt hatten (soweit die Einzelnen nun überhaupt „Hungerer" gewürgt). Da jeder in seiner Zelle eingeschlossen und ganz ohne Bekleidung, so ist eine solche Annahme sowieso gegenstandslos, mag sich der für das Prügeln verantwortliche Riedel drehen und wenden, als wie er nur will. Man will die Sipo vorschieben, da doch diese geprügelt. Aber erstens haben einige Prügelbeamten gepfiffen und dann sind alle dabei gewesen. Auf Befehl des Riedel mußten die Unterbeamten doch die vorher bestimmten Zellen der prügellüsternen Sipo öffnen, damit diese Rowdys in Uniform über die gänzlich wehrlosen und ahnungslosen Gefangenen herfallen konnten.

Es handelte sich gar nicht um die Herstellung von „Ruhe und Ordnung", sondern die Oeffentlichkeit soll aufgeputscht werden gegen die kleinen „Verbrecher", damit die Massen nicht etwa die ewige Justizschande auf ihre Weise korrigieren, indem sie die Zuchthaustore den Opfern der Gesellschaft öffnen, damit gar die großen Spitzbuben in Gefahr geraten, ihren groben Raub zu verlieren und gar selber ins Zuchthaus kämen. Das muß verhindert werden. Und dann müssen den Privatunternehmern, diesen Zuchthaushähnen, die Sklaven zugetrieben werden. Da diese Ausbeuter an die Gefangenen von Staats wegen — also nach Fug und Recht — eigentlich gar nichts zahlen, so üben diese mehr und mehr passive Resistenz. Und hier, hier liegt die „Revolte" — die „Meuterei"...

Soweit die Zuschrift eines Gefangenen, deren Richtigkeit uns auch von anderer Seite bestätigt wird.

Auch die politischen Gefangenen werden in unerhörter Weise drangsaliert. Man berichtet uns darüber folgendes:

Der katholische Pfaffe, Erzpriester Hruby, meinte zu einem Gefangenen, daß er noch nicht genug Prügel bekommen habe für seine „Frechheit, aus dem Fenster zu brüllen". Vor allem seien hier soviel Kommunisten und Dissidenten, die müßten vor allem ordentlich Prügel haben. In der Religionsstunde sagte dieser famose Herr (Seelsorger und Erzieher), daß die Gefangenen, die flüchten wollen, nicht mehr lebend in die Anstalt zurückgebracht werden dürften. Liegt darin nicht eine Aufforderung zum Mord an die Beamten? Das ist ein feiner Mann, der als moralischer Erzieher über die Gefangenen gesetzt ist. Er hat aber kaum Existenzberechtigung. Es geht fast niemand in die Kirche und die, welche gehen, wollen sich bei ihm für die Begnadigung anschmarotzen. Diese Erziehung zur Heuchelei, zur Unmoral, ist diesem Herrn die Hauptsache.

Die politischen Gefangenen stellen offiziell die Forderung auf, daß diese Zustände hier aufzuhören haben, ihnen sind auch Prügel angedroht worden. Sie verlangen jedenfalls, daß sie als politische Gefangene die Freiheiten genießen, die den Herren von rechts gewährt werden: Pakete, Bücher jeder Richtungen, Zeitungen, auch kommunistische, öfteren Besuch und dann ohne Aufsicht, ebenso Briefe schreiben. Ebenso verlangen sie, daß sie auf eine Station zusammengelegt werden. Diese Forderungen sind nicht neu, sondern der Minister hat sie seinerzeit schon bewilligt.

Auch der Strafvollzugspräsident Humann hat sich damit einverstanden erklärt.

Nur der Direktor hier und der Inspektor und der Pfaffe wollen nichts davon wissen und schikanieren die Gefangenen.

Unter allen Gefangenen herrscht große ordentliche Erbitterung sowohl gegen den Direktor als auch gegen den für das Prügeln der Gefangenen verantwortlichen Inspektor.

•

Wir haben bereits kürzlich die Zustände im Groß-Strehlitzer Zuchthaus besprochen. Wir fordern die sofortige Einsetzung einer Untersuchungskommission und die vorläufige Disziplinierung der für die Vorgänge am 14. August verantwortlichen Beamten. Sollte unsere Forderung nicht erfüllt werden, so trägt der Strafvollzugspräsident Humann die volle Verantwortung, wenn die Gefangenen zur Verzweiflung und Selbsthilfe getrieben werden.

Die Geduld der Gefangenen ist erschöpft. Sie sind fest entschlossen, in den Hungerstreik zu treten, wenn ihre Beschwerden gegen die Leiter des Zuchthauses nicht endlich gehört werden.

Ludwigsdorf, Kr. Neurode

Oeffentliche Versammlung. Am 29. August berief die Ortsgruppe Ludwigsdorf der KPD. eine öffentliche Versammlung ein.

Genosse Bierwald, Waldenburg, sprach über das Thema „Große Koalition, Arbeiter- und Bauernregierung." In klarem Bilde führte er der Versammlung die politische und wirtschaftliche Lage des deutschen Volkes vor Augen. Allgemeiner Beifall bewies, daß Genosse Bierwald den Versammelten aus dem Herzen gesprochen hatte. Die Versammlung war ein Erfolg für die Partei. Mehrere Kameraden meldeten sich zur Aufnahme in die KPD. Es wurden auch eine ganze Anzahl Bücher abgesetzt.

Freiburg

Junkerfrechheit. Man schreibt uns: Der Gutsbesitzer Rüffer vom hiesigen Stadtgute, ist, ein Mensch, Verzeihung, eine Kreatur, die mit ihren Hängebacken und ebensolchem Bauch die notleidende Landwirtschaft verkörpert, leistete sich ein besonderes Stück von Frechheit und Brutalität. Einigen Frauen nahm er das mühselig zusammengelesene Getreide samt den Säcken ab, sperrte es in seine Scheuer, trotzdem dasselbe von anderem Grund stammte. Er hatte aber die Rechnung ohne die Arbeiterschaft gemacht. Die Frauen holten sich einen Genossen und gingen zu dem „feinen" Gutsherrn, begleitet von einer großen Menge Arbeiter. Man verlangte die sofortige Herausgabe, der er sich auch mit Angstschreck besetzt unterzog. Er kann von Glück sagen, daß er so glimpflich davongekommen ist. Die Erregung war ungeheuer groß. Arbeiter, seht aus diesem Vorgang aber die richtige Lehre.

Nieder-Hermsdorf

Die neuen Mietszuschläge. Mit Wirkung vom 1. September an sind die Zuschläge nach dem Reichsmietengesetz in folgender Weise abgeändert: a) Hausverwaltungskosten in Häusern mit weniger als 6 Wohnungen das 1200fache der Grundmiete, in Häusern mit 6 bis 12 Wohnungen das 1500fache der Grundmiete, in Häusern mit mehr als 12 Wohnungen das 2000fache der Grundmiete; b) Zuschlag für laufende Instandsetzung für Wohnräume das 6000fache der Grundmiete, für gewerbliche Räume das 7500fache der Grundmiete, bei gewerbesteuerfreien Betrieben das 7000fache der Grundmiete; c) Der von den Untermietern zu zahlende Zuschlag zu den Betriebskosten 300 000 Mark pro Kopf und Monat; d) Der Höchstsatz für die vom Mieteinigungsamt zu bewilligenden Zuschläge für große Instandsetzung ist auf das 6000fache der Grundmiete festgesetzt; e) Die Umlagen sind sofort nach Vorlegung der Belege zu zahlen.

Oppeln

„Wohlfahrtspflege" nennt man das. Nicht da vor einigen Tagen der Leiter des hiesigen Wohlfahrtsamtes sämtliche Unterausschüsse zu einer Sitzung zusammen. Großmütig standen auf der Tagesordnung 15 Punkte, darunter als letzter: „Vorbereitung und Durchführung einer Hilfsaktion für die Armen, Sozial- und Kleinrentner im nächsten Winter." Wer da hoffte, daß hier durchgreifende Maßnahmen vorbereitet werden sollten, wurde schwer enttäuscht. Schon die Art der Zusammensetzung dieser Ausschüsse, die alles andere, nur nicht Kenner der Not der Armen und Alten waren, mußte jeden Proleten beim Eintritt in das Sitzungszimmer unwillkürlich ausrufen lassen: „Wanderer, sag allen Hoffnung fahren." Außer unserem Genossen Libor und dem AA-Vertreter Abert sah man dort bürgerliche Elemente in übergroßer Mehrzahl vertreten. Die Geistesverfassung dieser Versammelten ersah man sofort an dem von bürgerlicher Seite gestellten Geschäftsordnungsantrag, obengenannten letzten Punkt wegen Zeitmangel als ersten zu setzen. Es sind ja nur Arme und Alte, warum da soviel Zeit vergeuden. Dies ist die Ansicht des satten Bürgers. Trotz schärfsten Widerspruchs unseres Genossen, der den letzten Punkt als letzten belassen wollte, um aus dem Tätigkeitsbericht die Quintessenz für die weitere Tätigkeit zu gewinnen, wurde dem bürgerlichen Antrag stattgegeben, und das unsinnige Schauspiel, über einen Tagesordnungspunkt zu beraten, für den man keine Unterlagen hatte, begann. **Durch Sammlungen von Haus zu Haus, Veranstaltung eines Blumentages, und durch Zuteilung der einzelnen Armen und Rentner an Familien (Einladung zum Mittagstisch nennt man es), heute hier, morgen da, soll diesen Armen und Alten „geholfen" werden.** Genosse Libor, der auch hier wieder schärfstens gegen diese Handlungsweise an den Armen und Alten auftrat und darauf hinwies, daß, wenn Kommune und Staat hier nicht in erster Linie helfend eingreifen, das Leben unserer Bedürftigen durch eine solche „Hilfsaktion" verbittert wird, fand bei den Hütern der christlichen Nächstenliebe kein Verständnis. Möglichst schnell über das Elend hinweg zu gehen, das war der Ausklang dieser Zusammenkunft. Ein Vertreter dieser christlichen Nächstenliebe brachte es fertig, zu erklären, daß der Staat mittellos sei, verschwieg aber, daß derselbe mittellose Staat in der Lage war, den Kohlenkonzernen viele hundert Milliarden Kohlensteuern zu stunden. Mit allen gegen die Stimmen unseres Genossen wurde die Bettelaktion gutgeheißen. Die übrige Tagesordnung bedarf wahrlich keiner Erwähnung mehr.

Achtung, Genossen des Landkreises Breslau

Die Ortsgruppenleiter des Landkreises Breslau müssen am Freitag, abends 7½ Uhr, im Parteibüro erscheinen.

Mitteilungen für die Funktionäre

von

Produktiv-Genossenschaft Breslau.

1. **Geschäftsleitung:** Sämtliche Vertrauensmänner haben unbedingt für schleunigste Ablieferung der Anteilgelder zu sorgen. Bis 15. September müssen alle Anteile voll eingezahlt sein.
2. **Buchhandlung Breslau, Nikolaistraße 49/50.**
   Schlüsselzahl für Partei-Verlage: 1000000
   Schlüsselzahl des Buchhändlerbörsenvereins: 1600000
   Alle Literaturobmänner der Ortsgruppen müssen in jeder Parteiveranstaltung unsere Literatur auslegen und den Versicherungsarbeitern, Ortsgruppen, die noch keinen Literaturobmann gewählt haben, tun dies unverzüglich in der nächsten Mitglieder-Versammlung. Die genaue Adresse ist sofort der Produktiv-Genossenschaft, Abteilung Buchhandlung, Breslau, Nikolaistraße 49/50, mitzuteilen. Genossen, werbt und wirkt für unsere Bezirks-Buchhandlung, die stets ein reichhaltiges Lager in politischen, wissenschaftlichen und schöngeistigen Schriften unterhält.
3. **Filiale Waldenburg, Auenstraße 34.**
   Die Filiale ist eröffnet. Unsere Genossen können jetzt die gesamte kommunistische Literatur hier entnehmen. Die Literaturobleute des Kreises Waldenburg erhalten Literatur von jetzt ab durch die Waldenburger Filiale.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Arthur Dombrowski, für den Inseratenteil: Max Zschocher, Rotationsdruck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Versammlungs-Kalender.

Jede Zeile kostet 50 Pfennige

KPD — Geschäftsstellung: Büro u. Kasse: Breslau, Trebnitzerstr. 50. Tel. Ring 5537. Sprechstunden: Dienstag, Breslau, Trebnitzerstr. 50.

Breslau. Alle Genossen, die täglich [illegible] erscheinen Donnerstag, den 8. September, nachmittags 6 Uhr, pünktlich im Versammlungsraum, Nikolaistraße 49/50, zu einer wichtigen Besprechung.

— Donnerstag, den 8. September, pünktlich abends 8 Uhr, im Versammlungsraum, Nikolaistraße 49/50, Kommunalpolitik. 2. Vortragsabend. Wohnungsfragen und Siedlungsfragen.

Bezirk 7 u. 8. Sonnabend, den 8. September, Bezirksversammlung. Es ist Pflicht eines jeden Genossen und Genossin zu erscheinen. Referent anwesend. Lokal Rosenstraße 14b, Glemm z.

— **Bezirk 13.** Jahnstraße 26. Heute, den 7. September, abends 7½ Uhr, Bezirksversammlung.

Kreisleitung Glatz. Am Sonnabend, den 8. September findet im Hüttengarthaus, Glatz, Hüttenstraße 2, eine Kreiskonferenz sämtlicher komm. Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre statt. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht einer jeden Ortsgruppe, die Funktionäre restlos zu entsenden.

KJD — Bezirksleitung: Rich. Wonder, Breslau, Nikolaistraße 49/50. Postscheck-Konto: Breslau 27596 Max Gürter.

Alle Ortsgruppen der K. J. Genossen, die am 8. September irgend eine „Sternfahrt" der KJD. Waldenburg mitmachen wollen, kommen Dienstag und Freitag abend 6 Uhr ins Parteibüro zur Liste, oder melden es der US.-Zeitung, Auenstraße 34.

Breslau. Alle Jugend- u. Parteigenossen, welche Musikinstrumente besitzen, treffen sich heut Abend 7 Uhr, Kaiserstraße 20, Matthias, zwecks Zusammenstellung eines Orchesters.

Friedland. Sonntag, den 9. September, vormittags 9 Uhr, Öffentl. Jugendversammlung im „Schwarzen Adler".

Görlitz. Sonntag, den 9. September, Mitglieder-Versammlung.

Kanitz. Sonntag, den 9. September, Wanderung nach dem Gartenfest. (Näheres im Heim.)

Langenbielau. Freitag, den 7. September, Zusammenkunft der Kinder. Nähe [illegible]

Seifersdorf. Freitag, den 9. September, Wanderung.

Waldenburg. Sonntag, den 9. September, Monatsversammlung.

KKG — Kommunistische Kinder-Gruppe. Zentralleitung: Breslau, Nikolaistraße 49/50.

Breslau. Jeden Mittwoch treffen wir „Heim" in der Schule.

Landeshut. Jeder Montag, nachmittags von 2—4 Uhr „Heim" im Gasthof „Zur Sonne".

Waldenburg. Jeden Mittwoch, nachm. 4 Uhr, „Heim" in der Neudorfer. Sonnabend, Kinderabend im „Adler".

Gewerkschaften

Breslau. Ortskartell der Freien Gewerkschaften. Montag, den 10. September, abends 7 Uhr, findet im Restaurant, Nikolaistraße 49/50, Saal, Arbeiter-Gesellschaftshaus statt. Jeder Funktionär muß Vollzähligkeit zur restlosen zu erscheinen Pflicht ansehen.

Waldenburg. „Kellner und Zimmerer". Freitag, den 7. September, abends 7 Uhr, Generalversammlung im „Goldenen Anker". Es wird der [illegible] Tagesordnung bei jeder Mitgliedschaft erscheinen. Zu bringen Sie [illegible]

Hauspielhaus. Operettenbühne. Telefon 72.345. Heute und täglich 7½ Uhr. Gastspiel Edith Karin Katja, die Tänzerin. Sonn. nachm. 3½ Uhr. Bei Mitreden Rosl Albach Madame Pompadour

Beachtet unsere Inserenten!

Zeltgarten. Einziges Sommer-Varieté. Ab 16. August täglich 8 Uhr. Neues Programm.

Gebrauchte Möbel Schränke, Vertikows, Tische, Stühle, Spiegel auch schadhaft kauft Brendel, Tischlermstr. Tauentzienstr. 90

Breslauer Konzerthaus Gartenstraße. Täglich 8 Uhr. Die große Zauberschau Direktor Kassler. Eine Schau seltsamer Wunder in noch nie dagewesener Vollendung. Sonntags: 2 Vorstellungen 3½ u. 8 Uhr. Vorverkauf bei J. Bahamer, Schweidnitzer Straße und täglich von 11—1 Uhr im Konzerthause.

Achtung Literaturobleute! Die Broschüre **Max Hoelz der gemeine Verbrecher** ist wieder eingetroffen. Bestellungen nimmt entgegen die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H. Breslau, Nikolaistraße 49/50, Buchhandlung.

Komm. Kinder-Gruppe Waldenburg

Sonnabend, den 8. September, abends 7 Uhr, im Gasthof zum „Edelstein"

Eltern-Abend

Das Programm ist wie folgt vorgesehen: Gemeinsamer Gesang: Dem Morgenrot entgegen. Prolog: Wir kommen. Begrüßung durch den Vorsitzenden der K.K.G. Rezitationen der Kindergenossen und Jugend. Theaterstück: „O mag es doch nur einen Tag, nur einen frei zu sein." Vortrag des Kindergenossen Demsky: „Was will die Kommunistische Kindergruppe."

Gesänge usw. wie es im Programm angeführt ist. 526

Arbeitereltern, unterstützt unsre Bewegung. Programme sind zu haben bei den Kindergenossen, K.J.-Gen. und im Parteibüro.

Komm. Kinder-Gruppe Waldenburg

Verein der Freireligiösen für Feuerbestattung

Sonntag, 9. September, vorm. 9 Uhr **Mitglieder-Versammlung** in der Vortragshalle der Freireligiösen Gemeinde, Grünstraße.

Eintritt nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte oder der Beitrittsquittung.

Junge Arbeiter(in)! Sonntag, den 9. Sept., vorm. 9 Uhr findet im Gasthaus zum „Schwarzen Adler" eine **„Öffentl. Jugendversammlung"** statt. Jungproletarier erscheint in Massen. Kommunistische Jugend, Ortsgruppe Friedland.

Einen neuen alten Genossen!

Gold-, Silber-, Platin-Bruch kauft zu höchsten Tageskursen **Georg Langer,** Neue Taschenstr. 30, II, 2 Minut. vom Hauptbahnhof

Gebrauchte Herr.-Garderobe Militärsachen kauft **M. Tobias,** Altbüßerstraße 40.

Zahle die höchsten Preise für Gold-, Platin-, Silber-Bruch Alte Gebisse. Streng reelle Bedienung. Einkauf tägl. 3—7 Uhr. Breslau Matthiasstraße 18, I. Th. Schade.

Die Beleidigung gegen den Betriebsrat der Fa. Hesse schiedsamtlich geeinigt. 525 **Rosa Brückner.**

Adolf Finks Nachfolger Haus- und Küchengeräte **Beuthen O.-S.**

Prismengläser Feldgr. Gläser 08 Mauser 7,63 k. zu höchst. Preisen **Nolda** Altbüßerstraße Nr. 20.

Welcher Parteigenosse (in) nimmt einen Jugendgenossen in Quartier? Waldenburg, Hermsdorf, Weißstein oder Dittersbach bevorzugt. Meldungen erbeten nach dem Parteibüro, Auenstr. 34.

Bloch & Gruschka Große Auswahl in Herren- und Knaben-Garderobe sowie Anfertigung nach Maß zu noch günstigen Preisen.

Neu eröffnet! Tuch-Ausschnitt Billige Anzug- und Kostüm-Stoffe und Zutaten en gros en detail auch f. Wiederverkäufer. **Neumann & Co.** Paulstraße 16-18.

Platin- Gold- Silber- Bruch, Zahngebisse, Brennstifte, Geräte, Schmucksachen kauft zu bekannt höchst. Tagespreisen **Gertrud Franke** Neumarkt 13, 1. Etg. Eingang Breitestr. Geöffnet: Werktags v. 9—6 Uhr

Karl Kionka Leder-Handlung Matthiasstrasse 80 Spezialität: Gummisohlen, Gummiabsätze.

Beachtet bei allen Einkäufen immer nur unsere Inserenten!